

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 20.— M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saab und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 34.— M. für das übrige Ausland 51.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Portugal, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimweg“ und der Beilage „Stellung und Meinung“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3-

Telefon: Dönhoff 292-293
Fernsprecher: 2506-2507

Sonntabend, den 7. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Verlag, Hauptverteilung u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Wilhelm II. verleumdet Bethmann!

Nachweis aus unveröffentlichten Akten.

Weltkrieg, Kapp-Putsch, Rathenau-Mord — es ist immer dasselbe! Wenn das Unheil geschehen ist, wälzen die Verantwortlichen die Schuld einer auf den andern ab. Am liebsten auf solche, die nicht mehr reden können. Wilhelm II. legt jetzt in seinen Memoiren auseinander, daß nur der arme Bethmann schuld daran gewesen sei, wenn es ihm nicht gelang, das deutsche Volk herrlichen Tagen entgegenzuführen. Immer botte er, Wilhelm, die genialsten Einfälle. Immer hat Bethmann ihm die Geschichte verdorben. Das muß sich der arme Bethmann jetzt sagen lassen, der zu Lebzeiten mit rührender Treue an seinem „gnädigen Herrn“ hing, jetzt aber im Grabe liegt und sich nicht mehr wehren kann.

In dem jüngst erschienenen Abschnitt seiner Phantasien erzählt Wilhelm eine märchenhafte Geschichte von der preussischen Wahlreform. Er, Wilhelm, habe im Laufe des Winters 1914/15 beschlossen, dem „herrlich bewährten Volk in Waffen eine Freude und Anerkennung zu bereiten“. Er habe den Gedanken vertreten, daß der Mann, der mit dem Eisernen Kreuz heimkehrte, bei der Wahl nicht mehr „klassifiziert“ werden dürfe. Gerade damals habe auch Herr v. Loebell eine Denkschrift zur Wahlreform eingereicht, die von denselben Gesichtspunkten ausgegangen sei. Bethmann aber habe diese Denkschrift, durch die die Wahlreform in Fluß gebracht werden sollte, dem Ministerium gar nicht vorgelegt, sondern anderthalb Jahre unerledigt im Tischkasten liegen lassen.

An dieser Geschichte Wilhelms von der verfluchten Wahlreform ist so ziemlich alles Schwindel. Zu seinem Bedauern findet sich die bisher unveröffentlichte Denkschrift von Loebell samt der dazu gehörigen Korrespondenz in unseren Händen. Wir sind also in der Lage, aus den Akten festzustellen, daß Wilhelm die Unwahrheit behauptet, um sich selber in ein gutes Licht zu setzen und seinen toten Reichskanzler herunterzureißen.

Der Plan einer Wahlreform war in der Tat schon im Frühjahr 1915 zwischen Bethmann und Loebell verabredet und von letzterem als dem preussischen Minister des Innern eine Denkschrift dazu verfaßt worden. Die Absicht der beiden war, nach Abschluß des Krieges in Preußen ein abgestuftes Wahlrecht (Buralwahlrecht) zur Durchführung zu bringen. Sie wußten aber nicht, wie sich „die allerhöchste Stelle“ zu diesem Plan stellen würde und zogen den Kabinettschef von Valentini ins Vertrauen. Dieser telegraphierte am 13. Mai 1915 dem Reichskanzler, der „physiologische Moment sei gekommen“. Bethmann sandte nun sofort die Wahlrechts-Denkschrift an Wilhelm und erhielt sie zwei Tage später mit zustimmenden Randbemerkungen zurück. Ganz glücklich schreibt er an diesem Tage an Loebell: „Run ist die Bahn frei. Wir besprechen wohl in den nächsten Tagen das weitere prozedura (Vorgehen)“. Bethmann hatte also auch für seinen damaligen furchtsamen Plan, nach dem Krieg eine Wahlreform und nicht einmal das gleiche Wahlrecht einzuführen, Hindernisse bei Wilhelm befürchtet und war nun ganz glücklich, daß sie überwunden waren, „die Bahn frei war“.

Wilhelm sagt, er habe nicht gewollt, daß die heimkehrenden Krieger als Wähler „klassifiziert“ werden sollten. Aber nach der Loebellschen Denkschrift, die er mit der Zensur „Sehr gut“ und „Einverstanden“ versah, sollten die Wähler auch weiterhin „klassifiziert“ werden, nur nach einer anderen Methode. Der unklare Kopf Wilhelms kann diese Dinge wohl nicht auseinanderhalten, oder es liegt ein, dann allerdings sehr klumper Versuch vor, die Öffentlichkeit irrezuführen.

Wie aber liegt es mit der Verschleppung der Wahlreform durch Bethmann? Es ist schon gesagt, daß die Denkschrift von dem Gedanken ausgeht, mit der Wahlreform sei erst nach Kriegsende zu beginnen. Verfaßt wurde die Denkschrift im Frühjahr 1915. Anderthalb Jahre später war Herbst 1916. Damals war bekanntlich aber immer noch Krieg. Was Wunder, wenn die Denkschrift auch immer noch in Bethmanns Schubfach lag?

In der Denkschrift wird gesagt, das Vorgehen der Regierung müsse in diesem Fall „den Charakter des überraschenden Handstreichs“ tragen. Die offizielle Presse müsse unbedingt Stille halten. Das bemerkt Wilhelm II. am Rande: „Die muß halt zur Discretion gezwungen werden unter event. Vorliegen unsicherer Beamter.“ In der Denkschrift heißt es weiter: „Inhalt, Zeitpunkt und Regierungsabsicht sind vollkommen im ungewissen zu lassen.“ Dazu schreibt Wilhelm: „Vorbedingung.“ In der Denkschrift heißt es weiter: „Sonderverhandlungen mit den Fraktionsführern sind nicht empfehlenswert.“ Dazu Wilhelm: „Unter keinen Umständen!“

Also, Wilhelm hat selbst auf strengste Discretion gedrungen, bis es so weit war, das heißt, bis der Krieg abgeschlossen und die Absicht der Regierung enthüllt werden konnte. Jetzt aber stellt sich der Mann hin und

erklärt, er sei ganz entsetzt darüber gewesen, daß Bethmann die Denkschrift anderthalb Jahre in seinem Tischkasten habe lagern lassen.

Diese Feststellungen genügen wohl, um Wilhelm den Leuten moralisch zu erledigen. Die Wahlrechts-Denkschrift von 1915 mißamt ihren kaiserlichen Randbemerkungen ist aber doch so interessant, daß noch einiges aus ihr wiedergegeben zu werden verdient.

Wie schon erwähnt, hält die Denkschrift den Zeitpunkt nach Aushebung des Kriegszustandes, aber noch vor dem Abschluß des Friedens, für den gegebenen, um mit einer Wahlrechtsvorlage herauszukommen. Darüber heißt es dann weiter wörtlich:

Es wäre nicht nur nicht nötig, sondern auch nicht günstig, die Aktion einzuleiten, wenn der Friedensschluß schon perfekt ist. Zu dem gewählten Zeitpunkt würde entweder über die Friedenspräliminarien verhandelt werden oder, wofür die größere Wahrscheinlichkeit spricht, es würde die Wahlreform in die Zeit fallen, in der ein europäischer Friedensonsturm tagt. (Kaiserliche Randbemerkung: Den dulde ich nicht!)

Bemerkenswert ist, daß die Denkschrift in schärfster Weise gegen die konservative Stellung nimmt, bemerkenswert um so mehr, als Herr von Loebell damals von der konservativen Partei noch ganz als ihr Vertrauensmann im Amt behandelt wurde. Herr von Loebell zeichnet die Konservativen als die Leute, die dadurch, daß sie die Erfüllung des königlichen Wahlrechtsversprechens von 1908 verhinderten, die Monarchie untergraben. Ihr Verfahren komme einer Minderung der Kronrechte gleich. Das Ansehen des preussischen Staates und der Krone Preußens erforderten aber eine deutliche Festigung des Regierungswillens gegenüber dem Parlamentarismus. (Randbemerkung: „Absolut!“) Es wird beklagt, daß sich die konservative Partei ihrer früheren gouvernementalen Tendenzen begeben (Randbemerkung: Richtig!). Die Regierung müsse eine Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Krone und Volkvertretung zugunsten des Parlaments hindern. (Randbemerkung: Richtig!) Eine konservative Partei, die die parlamentarische Macht um ihrer selbst willen gegen die Regierungsmacht einsetze, wirke auf das gesamte Staatswesen der Monarchie destruktiver als eine demokratische Partei in gleicher Kampfstellung. (Randbemerkung: Natürlich!) Weiter heißt es wörtlich, wobei die kaiserlichen Randbemerkungen in Klammern eingefügt sind:

Die stärkste Partei des Abgeordnetenhauses, die konservative, befindet sich gegenwärtig in denkbar unangenehmer Lage. Und sie hat auch vom Ausgang des Krieges keine Stärkung ihrer Stellung zu erwarten. Zwar wird auch dieser, wie noch jeder allgemeine nationale Aufschwung, die konservative Denkungsart im Volke stärken. Aber die Stärkung wird sich innerhalb der Parteien vollziehen und den Konservativen als Partei nicht zugute kommen. Diese Tatsache ist eine nur zu natürliche Folge der Haltung, die die konservative Partei seit 1908 eingenommen hat, das heißt seit Beginn des Kampfes um die Reichsfinanzreform von 1909. (Mit Bülow gegen den König) Mit der Aufgabe der traditionellen national-gouvernementalen Haltung hat die konservative Partei den bevorrechtigten Platz unter den nationalen Parteien verloren (Richtig!), der ihr sehr lange Zeit hindurch willig und mit Recht eingeräumt worden. Die ehemalige Aufstellung im Volk, daß Konservatismus gleichsam identisch ist mit höchst gesteigertem Patriotismus, hat sich verloren. Die konservative Partei wird vom patriotischen Aufschwung der Kriegszeit wenig oder gar keinen Gewinn haben. Das weiß sie auch sehr wohl und sie weiß auch, warum sie die Diskussion über das sogenannte „Kriegziel“ auf ihre Schultern genommen hat.

Die gesperrt gedruckten Stellen sind von Wilhelm II. höchst eigenhändig unterstrichen.

Es wird dann die Notwendigkeit erörtert, auch die Freisinnigen für das Buralwahlrecht zu gewinnen. Bei dieser Gelegenheit heißt es, es werde wohl notwendig sein, die Zustimmung des Freisinnigen „durch Zugeständnisse anderer Art zu erhandeln“. Weiter heißt es wörtlich:

Ein Teil der Lieblingswünsche des Freisinnigen ist ja politisch sehr harmloser Art. Sehr empfänglich hat sich der Freisinn stets für gewisse Forderungen gezeigt. In Personalfragen kann manches geschehen, auch schon während des Krieges. Auch auf dem Gebiete der Kommunalpolitik werden Zugeständnisse möglich sein.

Das also war die Einschätzung, die der bürgerlichen Demokratie dank ihrer absonderlichen Zähigkeit von Seiten der königlich preussischen Staatsregierung zuteil wurde. Von der Sozialdemokratie heißt es dann:

Die Sozialdemokratie weicht gerade in ihren staatsrechtlichen Anschauungen so weit von dem Wege ab, an dem die Regierung gebunden bleiben muß, daß auf ihre Mitwirkung an der Wahlreform von vornherein verzichtet werden muß.

Dazu macht Wilhelm II. die nur ihn selber kennzeichnende Randbemerkung: „Vielleicht kommt sie aus Eitelkeit mit?“ Wie man selber ist, so denkt man von anderen. Wenn aber Wilhelm II. es für möglich hielt, daß die Sozialdemokratie sich mit einem Buralwahlrecht bescheiden würde, so zeigt das nur, wie gar keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen dieser Mann gehabt hat.

Die Konservativen, die sich jetzt die Deutschnationalen nennen, haben dann ihr verbrecherisches Spiel gegen jegliche Wahlreform bis zu Ende des Krieges fortgesetzt. Sie gaben es, wie aus den Erinnerungen des Oberbürgermeisters Bermuth hervorgeht, erst auf, als die Oberste Heeresleitung ihre Waffenstillstandsbitte ausgesprochen und sich dann telegraphisch an das Herrenhaus gewandt hatte mit dem dringenden Wunsch, der nun notwendig gewordenen Demokratisierung des Wahlrechts keine Hindernisse mehr zu bereiten. Das harinädig bekämpfte gleiche Wahlrecht sollte nun auf einmal die Platte werden, auf die die Herrschenden ihre Herrlichkeit retteten. Das Spiel mißlang, und indem es mißlang, hat sich ein Akt historischer Gerechtigkeit vollzogen.

Abweicung gegen Randbemerkungen — anderer.

Freitag, 6. Oktober. (D.M.) In die Veröffentlichung der Memoiren des Kaisers Wilhelm in einigen Tagesblättern in der Tschechoslowakei hat, wie das Regierungsorgan „Clawenka Politika“ erzählt, der Vertreter des Kaisers die Bedingung geknüpft, daß seine Politik und seine Person keiner Kritik unterzogen und die Memoiren ohne Randbemerkungen veröffentlicht werden. Sollten die Blätter doch eine Polemik daran knüpfen wollen, so fordere der Kaiser die Borse zur.

Reichspräsidentenwahl und Parteien.

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ wird der Vorschlag ernsthaft wiederholt, der nach Mitteilungen volksparteilicher Blätter auch von den Vertretern dieser Partei bei der Parteiführerbefragung mit dem Buzelanzler vorgetragen worden ist: die Wahl des Reichspräsidenten zu verschieben und sie mit der Wahl des Reichstages, die normalerweise im Jahre 1924 zu erfolgen hätte, zu verbinden! Die Verfassung schreibt zwar vor, daß der Reichstag durch besonderes Gesetz den Wahltermin festzusetzen habe. Indessen, so konstatiert man bei der Volkspartei, habe der Reichstag seine Pflicht erfüllt und der Verfassung Genüge geleistet, wenn er überhaupt den Termin festsetze, auch wenn dieser noch auf zwei Jahre hinausgeschoben würde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht nicht mit Unrecht auf die Inkonsequenz aufmerksam, die darin liegt, daß früher die Deutsche Volkspartei die alsbaldige gesetzliche Wahl des Reichspräsidenten und die Befestigung des bisherigen Provisoriums verlangt habe und jetzt selbst eine Verschiebung der Wahl vorschläge. Indessen ist der Gedanke der Verschiebung schon von vornherein gescheitert, denn Reichspräsident Ebert besteht auf der Wahl. Und der „Demokratische Zeitungsdiens“ bemerkt dazu:

Herr Ebert hat bei seiner Stellungnahme die Verfassung für sich. Es ehrt den gegenwärtigen obersten Repräsentanten des Reiches, daß er die Verfassung bis ins kleinste hinein peinlich geachtet wissen will.

Die genannte Korrespondenz untersucht die Möglichkeit, an verschiedener Kandidaturen und kommt dabei zu dem Schluss:

Eins der markantesten Zeichen unserer Unentschiedenheit als politisches Volk ist es zweifellos, daß sich in der deutschen Republik die Monarchisten am meisten den Kopf über die Wahl eines republikanischen Präsidenten zerbrochen haben. Es ist darum auch anzunehmen, daß es zu einer monarchistischen Kandidatur kommen wird. Freilich sind die Deutschnationalen in tödlicher Verlegenheit. Hindenburg kommt kaum noch in Betracht, Ludendorff hat sich durch seine gerichtlich erwiesenen Bemühungen um den Kapp-Putsch sowie durch seine Mitarbeit bei dem Nothilfe nicht ungenügend gemacht. . . . Unter solchen Umständen steigern sich die Chancen für eine Wiederwahl des Herrn Ebert. Dieser hat bisher in lakonischer Weise jede Erklärung darüber vermieden, ob er sich erneut um das Amt zu bewerben gedenkt. Man darf annehmen, daß er nicht gewillt wäre, eine reine Parteikandidatur zu übernehmen. Wenn aber eine Parteistützung an ihn herantreten würde, so ließe sich immerhin mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß er sich aufs neue zur Wahl stellt.

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie dem Wahlkampf ruhig entgegengibt, gleich, ob da einer oder mehrere Gegenkandidaten auftauchen. Wichtig ist, daß das ganze Volk, wie es die Verfassung vordreht, die oberste Spitze des Reiches selbst wählt und so die Möglichkeit hat, mit zu entscheiden über die Gestaltung der zukünftigen Reichspolitik. Unsere Genossen im Lande werden alles vorbereiten, um am 3. Dezember wie immer ihre Pflicht zu tun!

Fall Kuttner-Davidsohn.

Die kommunistischen Verherrlicher von Hötz und Eberlein sind am Werk, um gegen unseren Kollegen Kuttner etwas zu entfein, was sie selber eine „Progrombe“ nennen würden, wenn es sich gegen einen der Ihren richtete. Nachdem das Berliner Schöffengericht das juristisch bemerkenswerte Urteil abgegeben hat, man dürfe einen Mann, der möglicherweise die Grenzen der Notwehr überschritten hat, einen Mörder nennen, machen sie von Verbalinjuri den denkbar stärksten Gebrauch. Da aber der „Muschelmörder Kuttner“ vielleicht doch allein nicht nach Wunsch zieht, wird das ganze kommunistische Marionettentheater wieder hervorgeholt: „der blutige Wels“, Zister, der Mord-Dichter und natürlich Koste! Die Absicht, die dabei verfolgt wird, ist so dick aufgetragen, daß der Gedanke geradezu trostlos ist, ein Leser könnte so dumm sein, sie nicht zu merken. Es muß gegen die Einigkeit gehegt werden, dazu ist jedes Mittel recht.

Der Fall Kuttner liegt so, daß das ungünstige Urteil über ihn dahin gehen kann, Kuttner habe zur Abwehr einer nur vermeintlichen, nicht wirklichen Gefahr auf den Feldwebel Eichhorn geschossen. Auch dieses Urteil steht nicht fest, da in dem Ermittlungsverfahren, das Kuttner seinerzeit selbst beantragte, acht Augenzeugen mit ihm in der Befundung übereinstimmen, der betrunkenen Eichhorn sei gerade im Begriff gewesen, eine Handgranate abzugeben, als der lösende Schuß ihn traf. Man kann trotzdem die Möglichkeit offen lassen, daß Kuttner in der Sekunde des Entschlusses die Größe der Gefahr überschätzte, also unbewußt die Notwehr überschritt. Jede darüber hinausgehende Beschuldigung ist nach dem Gang des Beweisverfahrens als absichtliche Verleumdung klar zu erkennen.

Das gilt insbesondere für die Behauptung, Kuttner habe mit den Worten: „Sch kenne dich, du bist ein Spartakist“, auf Eichhorn geschossen. Diese Worte sind umgekehrt von dem betrunkenen Mann gegen Kuttner gebraucht worden. Keiner der Zeugen hat sich darüber anders geäußert.

Angesichts dieses Tatbestandes hat die Redaktion des „Vorwärts“ keinen Anlaß gesehen, an dem kollektiven Verhältnis, das sie seit sechs Jahren mit dem Genossen Kuttner verbindet, auch nur das geringste zu ändern. Die Landtagsfraktion ist zu demselben Ergebnis gekommen. Sie beschäftigte sich gestern mit einem Schreiben des Genossen Kuttner, in dem er über den Ausgang seines gegen Davidsohn angehängten Prozesses berichtet und sein Mandat zur Verfügung stellt. Die Fraktion beschloß einstimmig, daß auf Grund des ihr bekannter Tatbestandes keine Veranlassung für Kuttner gegeben sei, das Mandat niederzulegen.

Da Genosse Kuttner gegen das schöffengerichtliche Urteil Berufung eingelegt hat, werden die früheren Angehörigen des Regiments Reichstag, die im Januar 1919 der 5. Kompanie angehörten, Gälzom, Lange, Pape, Baumann, Otto Schulz, Rahow, Bittner und Max Mittag gebeten, ihre jetzige Adresse der Redaktion des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, mitzuteilen.

Zwischenfall im Sechenbach-Prozess.

München, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Den dritten Verhandlungstag füllte größtenteils das Verhör des Redakteurs Rembe aus. Der Vorsitzende bringt Dinge zur Sprache, die nicht eigentlich zur Sache gehören. Gelegentlich weist der Vorsitzende von dem Gegenstand der Verhandlung ab und erhebt sich in neuerlichen beständigen Beschimpfungen, Eisners. Er findet an, daß das Volksgericht die Frage prüfen wird, ob Eisner durch die Herausgabe des Schönheitsberichtes nicht bloß in objektiv, sondern noch mehr in subjektiver Hinsicht eine verächtliche Fälschung begangen habe. Das Verhör ergibt, daß das Volksgericht der Auffassung ist, jede öffentliche Darstellung der reichsgerichtlichen Verurteilungen in Bayern sei Landesverrat. Der Zeuge Redakteur Stark von der „Frau Kurier Zeitung“ wurde abgehört, weil er sich in einer Berliner Rede einmal ungünstig über Bayern geäußert hätte. Am vierten Verhandlungstag wird

Der Jaun.

Von Paul Bagan.

In Berlin wohnen heute bekanntlich nur reiche Leute. Weil viele von ihnen nicht wissen, was sie mit dem Geld anfangen sollen, bauen sie Häuser.

Natürlich nicht gewöhnliche Mietshäuser mit mehreren Stockwerken für mehrere Familien, sondern vornehme Villen und kleine Schlösser, prächtig und prunkend.

Sie wandern mit ihren Bauplänen aus der Stadt an den Rand der Steinwüste, wo es ruhig ist, wie es die Reichen lieben und notwendig haben, oder sie bauen mitten im Wald, der für sie niedergeschlagen wird.

Darüber schimpfen manche Menschen und nennen es Waldschlächterei; ich aber finde, daß ein tiefer sozialer Sinn darin liegt. Dem Volk wird immer wieder gepredigt, daß es doppelt und dreimal soviel arbeiten müsse wie früher. Wenn es aber den Wald gewissermaßen vor der Tür hat, wird es nur abgelenkt und kommt auf den dummen Gedanken, im Wald spazieren zu gehen, anstatt zu arbeiten.

Die Waldschlächtereien sind also nicht, wie man oft sagen hört, ein Verbrechen am Volk, sondern selbstverständlich eine Wohltat für das Volk.

Im Grunewald hat sich unlängst jemand eine Baustelle gekauft, und das Stück Wald, oder vielmehr die Stelle, wo einst die Bäume standen, ist sehr groß. Ich weiß nicht, wieviele Quadratmeter, aber ich glaube, es ist schwer, so weit zu zählen.

Auf dem Gelände wird ein großer Garten angelegt mit allen Feinheiten für Feinschmecker der Natur, und es ist ja bekannt, daß die reichen Leute nichts so sehr lieben wie die schöne und bescheidene Natur.

Mitten in dem Park wird ein Kokoßschloßchen gebaut, das sehr reizvoll ist. Um das Ganze aber ist ein Jaun gezogen aus dicht nebeneinander gestügten Ratten, weiß gestrichen und fein lackiert, ein Jaun, riesenlang und riesenhoch und oben auf liegt noch Stacheldraht.

Drahterbau ist jetzt die große Mode. Ich denke mir, das soll erzieherisch wirken und auf den neuen Krieg und das nächste Stahlbad vorbereiten, dessen heilkräftige Wirkung wir alle noch in den Knochen haben.

Wenn die Ausflügler am Sonntag am dem Bauplatz vorbeikommen, dann stehen sie und staunen, und alle Welt wundert sich, warum der große Jaun gefeiert sein möge.

Reulich fährt mich der Weg an einem Wochentag zu dieser Baustelle.

Es schüttete, was nur vom Himmel kommen konnte, und dieser Regen war wie eine Katastrophe.

Da hielt ein sehr elegantes Auto mit Lederseifen und seidenen Kissen vor dem Riesenjaun, und ihm entstieg ein sehr fetter Herr,

die Offenheit ausgeschlossen. Es kommt zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Gericht und Verteidigung. Die Verteidigung betont, daß sie überhaupt nicht wisse, weswegen die Beschuldigten unter Anklage gestellt seien. Justizrat Bernstein führt aus: Die Angeklagten wissen nicht, wozu sie sich wehren sollen. Das ist kein Verfahren in einem zivilisierten Staat. Die einfachsten Rechte der Angeklagten werden durch das Volksgericht verletzt. Das Volksgericht soll kein Kinderpiel treiben. Die Angriffe Bernsteins auf das Volksgericht wirken wie Donnerschläge. Das Gericht stellte erst jetzt die genaue Anklage fest. Die gesamte Berichterstattung Sechenbachs und Rembes soll als Landesverrat gelten.

Nicht verabschiedet!

Vor Wochenfrist wurde die Nachricht verbreitet, daß der Kommandeur des Göttinger Reichswehrbataillons, Oberstleutnant von Frankh, wegen monarchistischer Propaganda in der Kaserne aus der Reichswehr entlassen worden sei. Diese Nachricht entspricht nach der Meldung der Korrespondenz B.S. nicht den Tatsachen. Herr v. Frankh ist in der hierfür üblichen Form auf seinen eigenen Wunsch mit der gesetzlichen Versorgung verabschiedet worden. Mit monarchistischen Umtrieben hat die Verabschiedung nichts zu tun, es sind vielmehr rein persönliche Gründe maßgebend gewesen.

Soll nun mit dieser Meldung gesagt sein, daß monarchistische Propaganda nicht festgestellt worden oder nur, daß sie nicht der Grund der Entlassung gewesen sei? — Wir fürchten das letztere.

Der preussische Minister des Innern hat unter dem Datum des 29. September verordnet:

1. Geseitige Veranstaltungen von Vereinigungen ehemaliger Truppenteile sind auch außerhalb gedachter Räume und unter Beteiligung von Angehörigen und Gästen gestattet. Die Ortspolizeibehörden sind befugt, diese Veranstaltungen zu überwachen und, falls sich Mißstände herausstellen sollten, zu verbieten.

2. Die Beerdigungen von Mitgliedern solcher Vereinigungen können in der herkömmlichen Weise unter Beteiligung der Gewerkschaften und Abgabe von Ehrensalvo stattfinden.

3. Einweihungsfeiern von Denkmälern für die Gefallenen sind den genannten Vereinigungen gestattet. Das Mitführen von aufreizenden Abzeichen sowie von Waffen, außer denen der Gewerkschaften, ist nicht gestattet.

4. E. sollten Gewerkschaften überhaupt nicht gestattet werden.

Die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes.

Zur Vinerung der Teuerung.

In den Nummern 402 und 464 des „Vorwärts“ haben wir die wichtigsten Beschlüsse der jüngsten Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bereits veröffentlicht. Dem erst jetzt erschienenen Bericht über die Beratungen in der Zeit vom 28. September bis 1. Oktober in Berlin, an der diesmal außer den Verbandsvorsitzenden auch die Vertreter der gewerkschaftlichen Landesorganisationen teilnahmen, entnehmen wir:

Der Bundesvorsitzende Veisport, der zunächst seiner Freude über die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien Ausdruck gab, berichtete, daß das, was zur Vinerung der Not erreicht worden konnte, nicht alle befriedigt. Ueber die Bemühungen des Bundesvorstandes zur Vinerung der Teuerung berichtete Genosse Brahmman. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände seien früher aufgestanden, um zur neuesten Verschärfung der Notlage Stellung zu nehmen, als ihre verschiedenen Kritiker. Ein Teil der Maßnahmen zur Beseitigung der Ausfuhr werde leider erschwert durch eigene Gewerkschaftsgegenstände, besonders durch Betriebsräte, die sich von Unternehmern breitschlagen lassen. Wie die Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteitage zeigt, sind die früher getrennten und jetzt wieder vereinigten Parteien mit den Vorschlägen der Gewerkschaften einverstanden. Ebenfalls wurde mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund Rücksprache genommen. Auch über die Rückkehr zu bedingter Zwangswirtschaft wurde mit dem Ernährungsminister und dem Reichszentralrat verhandelt. Es sei indessen zu befürchten, daß die geistige Einstellung dafür nicht vorhanden sei. Auch bestehe bei den Vertretern der christlichen Gewerkschaften keine Bereitschaft, so weit zu gehen. Unter anderem schilderte Redner

die Schwierigkeiten der Wucherbekämpfung. Es sei nicht zu umgehen, daß auch Gewerkschaftsangehörige geschädigt werden, die solcher Indusrien angehören, die durch die geforderten Maßnahmen betroffen werden. Die Not der Allgemeinheit sei jedoch so groß, daß sich dies nicht vermeiden lasse. Nötigenfalls müßten die geschädigten Arbeiter aus Reichsmitteln unterstützt werden.

Weitere brauchbare Vorschläge seien bisher nicht zu erlangen gewesen, soweit es sich eben um durchführbare Vorschläge und nicht um Phrasen handle. Die Durchführung der Vorschläge hätte im günstigsten Falle eine Verminderung der schlimmsten Not zur Folge. Auch kein Betriebsrätekongreß könne einen anderen Ausweg zeigen. Auch die Übernahme der wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse könne nichts Besseres an unserm Verhältnis zum Auslande ändern. Zunächst müsse versucht werden, mit Lohnforderungen der Verteuerung der Lebenshaltung soweit wie möglich nachzukommen. Dies zwingt dazu, die bisherige Preispolitik zum Teil zu verlassen. Den Sozialisten usw. seien Zusätze zu gewähren. Vor allen Dingen sei alles zu tun, was dazu beiträgt, im Auslande die geistige Atmosphäre zu schaffen, die weitere Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland unmöglich macht. Voraussetzung dazu sei

das Aufheben der Zwangsregeln

unter der deutschen Arbeiterschaft. Selbst das von uns Geforderte werde versagen, wenn der Druck einer dahinterstehenden einigen Masse verlege.

An den Bericht schloß sich eine einhelfstündige, sehr gründliche Aussprache an, der sich nicht weniger als 25 Redner beteiligten. In der Beurteilung der einzelnen Maßnahmen des ADGB gingen die Meinungen natürlich auseinander; besonders hatten die Vertreter der Berufe, deren Angehörige durch die geforderten Maßnahmen in ihren Arbeitsmöglichkeiten beeinträchtigt werden, an Einzelheiten Ausstellungen zu machen. Diese Ausstellungen erweckten Widerspruch bei anderen Rednern, wobei jedoch betont wurde, daß die geschädigten Arbeiter nicht schuldig gelassen werden dürften. Im übrigen wurden so ziemlich alle Seiten des Wirtschaftslebens beleuchtet. Es wurde auf die Gefahren hingewiesen, die dem Wirtschaftskrieg drohen. Auch die Festigung der deutschen Währung wurde erörtert, besonders die Berechnung der Preise und Löhne in Goldmark, die allerdings noch nicht dazu führen würde, daß die Löhne auf den Stand der Vorkriegszeit, geschweige denn auf den gleichen Stand mit den Löhnen im Auslande zu setzen kämen. Weiter schloß es nicht an scharfer Kritik an den Maßnahmen, die bisher zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft getroffen worden sind. Es mußte jedoch auch anerkannt werden, daß das heutige Gland zum überwiegenden Teil auf Ursachen beruht, die jenseits des Einflusses der Gewerkschaften stehen. Verschiedene Redner hoben die Notwendigkeit hervor, daß noch weitere Volkswirtschaftler herangezogen werden müßten, um dem Bundesvorstand bei der Beurteilung der Wirtschaftslage zur Seite zu stehen.

Einige Vertreter der Landesorganisationen hoben unter anderem hervor, daß es dem von den Kommunisten geforderten Reichsbetriebsrätekongreß gar nicht möglich sei, die Aufgaben zu erfüllen, die er nach den Angaben der kommunistischen Presse erfüllen soll. Auch müßten sie Mitteilungen zu machen, wie stellenweise die Forderung nach einem solchen Kongreß zustande kam.

Die Graßmann in seinem Schlusswort hervorheben konnte, machte sich im Ausschuss eine grundsätzliche gegenwärtige Stimmung gegen die Politik des Bundesvorstandes nicht geltend. Graßmann betonte nochmals die Bereitwilligkeit des Bundesvorstandes, alle Vorschläge zu prüfen und, soweit die Möglichkeit der Durchführung besteht, sie zur Ausführung zu bringen. Der Glaube der Massen an die Macht der Gewerkschaften müsse wieder auf ein natürliches Maß zurückgeschraubt werden. Mit Leuten, denen es gar nicht daran liegt, dem Proletariat zu helfen, sondern nur politische Ziele zu verfolgen, sei jedoch eine Auseinandersetzung unmöglich. Was könne ein kommunistischer Betriebsrätekongreß tun? Resolutionen fassen, Kommissionen wählen, Forderungen aufstellen und den Gewerkschaften den Speisezeitel zur Verwirklichung übergeben. Mit solcher und ehrlicher Politik würden die Gewerkschaften auch den Massen gegenüber bestehen können und vor allen Dingen, wenn sie der Arbeiterschaft die Frage vorhalten: Wo ist es denn aus, wenn die Gewerkschaften nicht vorhanden wären?

Ministerpräsident Genosse Branting-Stockholm ist, von Paris kommend, hier eingetroffen, und wird heute, Sonntag, mit dem Reichspräsidenten beisammen sein.

der Eigentümer von Park und Schloß und Jaun, mit seiner noch feineren Gemahlin.

Die Gnädige war sehr ungehalten über den Regen und meinte: „Einsach scheußlich, dieser Regen. Man ruiniert sich die ganze Kleidung. Ich kann mir doch nicht jeden Tag einen neuen Hut für sechshundert Mark kaufen.“

Ich fand es auch vom Himmel höchst ungeschicklich, daß er gerade jetzt seine Schleusen öffnete.

Der Baumeister erwartete die Herrschaften und führte sie überall umher durch Schutt und ausgewaschenen Sand und nasse Erde.

Die Gnädige vermehrte das sehr übel, rümpfte die Nase und sagte: „Man hätte doch wirklich Bretter legen können. Man wußte doch, daß wir kommen würden.“

Damit raffte sie die Röcke hoch, sehr hoch, und aus der Art, wie sie die Kleidung schürzte, konnte man erkennen, daß sie wirklich eine feine Frau war.

Nach einer Weile erklärte der Herr des Ganzen: „Ueber Baumeister, alles ist sehr schön, auch der Jaun, nur, er muß noch dichter gemacht werden, damit nicht jeder durchsehen kann. Lassen Sie Sträucher dahinter setzen.“

Der Baumeister dankte für diese Belehrung und diente.

„Ja, sehen Sie, man sieht hier im Sommer wie auf dem Präsenziersteller; die Leute können einen immer in den Regen sehen, und die Menschen sind so komisch! Ich kann doch nichts dafür, daß es ein paar arme Leute gibt.“

Der Baumeister dankte wieder und diente abermals.

Als der reiche Mann diese prachtvolle Weisheit von sich gegeben, was ihm anscheinend recht schwer gefallen war, kamen gerade ein paar Arbeiter vorbei, schweißtriefend noch, weil sie Stubben ausgerodet hatten. Er hörte die goldenen Worte des reichen Mannes, und der eine sagte, aber so vor sich hin: „Mensch, sei' dir doch in'n Keller, da sieht dir niemand!“

Da lächelte der reiche Mann, so ganz erhaben von oben herab, und als die Arbeiter außer Hörweite waren, aber auch dann erst, erklärte er dem Baumeister: „Seh'n Sie, wie ich recht hatte! Wo lassen Sie den Jaun ganz dicht machen, daß niemand durchsehen kann.“

Und die Gnädige bekräftigte: „Dann kann auch der Gestank der armen Leute nicht bis zu uns herein auf den Teller und Tisch kommen.“

Der Baumeister beteuerte, daß er alle Wünsche der Reichen respektieren werde, und das Auto ratterte davon.

Ich aber dachte mir, um wieviel still- und stimmungsvoller es im Sommer hier sein werde mit dem dicht verhangenen Jaun als früher, da noch die Bäume standen, unter die man sich auf den Moosboden legen und fern von der nerventressenden Großstadt ein Stück Himmel ruhig schauen konnte, über den so eigenartig geformte, weiße Wolken rubern, unter dem die Vögel sich von Baum zu Baum schwingen und in ihrer seltsamen Sprache über die merkwürdigsten und interessantesten Dinge schwätzen.

Darin wird mir jeder recht geben müssen, daß dieser hohe und dicke Jaun direkt eine Notwendigkeit ist.

Denn ich bin immer für eine reinliche Scheidung gewesen.

Hinter dem Jaun der reiche Mann, der in seinem Schloß schlummert, und vor dem Jaun das arme Luder, das unter den Bäumen liegt und sich die Sonne in das hungrige Maul hincinlachen läßt!

Theaterfernung. Der katastrophale Marktsturz und die mit ihm verbundene Steigerung aller Preise greift natürlich auch in die Theaterbetriebe über. Die Materialkosten sind in den letzten Wochen und Tagen horrend gestiegen, Schauspiel- und Theaterarbeiter müssen erhöhte Gehaltsforderungen stellen. Der Schlichtungsausschuss, der am letzten Dienstag tagte, hat als monatliche Mindestgehälter für Berliner Schauspieler 15 000 M. nebst einer Aufwandsbeihilfe von 7000 M. beschlossen. Dieser Spruch ist am Donnerstag von den Schauspielern abgelehnt worden, weil diese ihn — soweit er die Aufwandsbeihilfe betrifft — anders auslegen als die Bühnenleiter. Montag wird die Oberschlichtungsstelle sich daher mit der Angelegenheit nochmals zu befassen haben, aber wie auch ihr Spruch ausfallen mag: eine gewaltige Neubelastung aller Theaterbetriebe steht unzweifelhaft bevor. Die Operettenbühnen, die viel von voluaktarlen Fremden besucht werden, können dabei bestehen, viele Sprengtheater aber sind vor die Frage sein oder nicht sein gestellt. Auch unsere Volksbühne hat in ihrer letzten Verwaltungssitzung die veränderte Situation beraten. Sie ist sich des Ernstes der Sachlage bewußt, glaubt aber doch, daß für sie noch kein Grund vorhanden ist, die Pläne ins Korn zu werfen. Eine erhebliche Erhöhung der Mitgliederbeiträge ist allerdings unumgänglich notwendig. Der Verein arbeitet bekanntlich nicht mit Ueberflüssen, aber er muß sozial einnehmen, wie keine Ausgaben betragen. Unter Berücksichtigung aller irgend möglichen Ersparnisse hat die Verwaltung daher beschlossen, die Beiträge für die Nachmittagsvorstellungen auf 60 M. (Oper 80 M.), und für die Abendvorstellungen auf 80 M. (Oper 90 M.) von sofort zu erhöhen. Man darf von den Berliner Arbeitern erwarten, daß sie, soweit sie dazu imstande sind, auch unter diesen Umständen der Volksbühne treu bleiben und ein Unternehmen nicht im Stich lassen werden, das ihr Wert und ihr Stolz ist.

Das neue Mittel gegen die Schlafkrankheit. Auf dem Lehmann Kongress der Ärzte und Naturforscher erregte die Bekanntgabe des chemotherapeutischen Mittels „Bayer 205“ Aufsehen. Dies von Prof. Martin Raper im Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten erfundene Mittel wird jetzt in Afrika von deutschen Forschern praktisch erprobt. Wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ mitteilt, sind allem Anschein nach seine bisherigen Erfahrungen vielversprechend, denn schon bemühen sich verschiedene Kolonialländer, das Mittel zu erproben. Vor kurzem wurde berichtet, daß im englischen Parlament eine Anfrage wegen des neuen Mittels an die Regierung gerichtet wurde. Und jetzt hat der deutsche Kolonialminister den Direktor der Hochschule für tropische Medizin beauftragt, seine Wirkung zur Bekämpfung der Schlafkrankheit im Laboratorium zu untersuchen. Das Ergebnis all dieser Untersuchungen, das die gesamte medizinische Welt mit Spannung er-

Gewerkschaftsbewegung

Ende der Aussperrung im Siemens-Werner-Werk.

Wiederaufnahme der Arbeit am Montag.
Wie TU. berichtet, haben erneute Verhandlungen zu einer Uebereinkunft geführt, in der die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Vorkommnisse vom 2. Oktober mifbilligten und das von der Direktion unter Zwang und Bedrohung erpresste Schriftstück als nichtig anerkannten. Die Arbeitnehmer werden in den Betrieb zu den alten wirtschaftlichen Bedingungen neu eingestellt, mit Ausnahme derjenigen, die an den Tumulten vom 2. Oktober teilgenommen haben. Die Öffnung des Betriebes erfolgt am Montag zur normalen Zeit.

Ein Bericht der Organisation war uns bei Redaktionsschluss noch nicht zugegangen.

Koalitionsrecht ist Koalitionspflicht!

Als die Gewerkschaften in ihrer Entwicklungsperiode diesen Satz verkündeten, da wurde er ihnen als „Terrorismus“ angekreidet und der verschwundene § 153 der Gewerbeordnung gegen sie angewandt. Aber auch heute noch gibt es so manche Arbeiter und Angestellte beiderlei Geschlechts, die die ihnen durch ihr Arbeitsverhältnis auferlegte Koalitionspflicht immer noch nicht begriffen und erfüllt haben; andere wieder, die ihr durch den Anschlag auf die Vereinigungen genügt zu haben glauben.

Da ist es denn nicht ganz uninteressant zu sehen, wie der frühere Handwerkskammer-Präsident Dr. Wäffle in einem Heft der Zeitschrift der Vereinigung der leitenden Angestellten, „Der leitende Angestellte“ (Heft 18 19 vom 1. Oktober), das Thema behandelt: „Die Organisation — eine Existenzfrage“. Wir lesen da u. a.:

„Jeder einzelne muß heute soviel Gefühl für staatliche Zusammengehörigkeit aufbringen, daß er in einer Organisation mitarbeitet. Wer von dem Koalitionsrecht gewährteten Koalitionsrecht nicht Gebrauch macht, treibt Verrat an Vaterland. Das Koalitionsrecht ist heute Koalitionspflicht. Es ist heilige Pflicht jedes einzelnen, durch Mittätigkeit in seinem Verbands an der Regierung des deutschen Vaterlandes teilzunehmen.“

Gedankengänge wie: „Wozu brauche ich eine Organisation, ich beste mit selber.“ zeigen eine geistige Einstellung, wie sie heute nicht mehr in Erscheinung treten sollte. Solche Gedankengänge lassen vollkommen jede Kenntnis unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens vermissen. Wer so denkt, hat das Recht verweigert, irgendwelche Beschwerden zu führen oder Kritik anzulegen. Regierende Kritik kann uns in unserer heutigen Wirtschaftslage nicht weiterführen, nur positive Mitarbeit aller Schichten der erwerbstätigen Bevölkerung kann Hilfe bringen. Und darum ist der Eintritt aller Erwerbstätigen in ihre Organisation notwendig. Wer sich seiner Organisation fernhält, schädigt sein Vaterland. Wer unorganisiert bleibt... schädigt seine ganze Berufstätigkeit und schädigt sich selber.“

Wichtig, das sind alle Weisheiten, die uns allen längst geläufig sind. Abgesehen von dem Wandel der Anschauungen in früher gewerkschaftsfeindlichen Kreisen, der darin zum Ausdruck so ist, ist es nicht ganz überflüssig, den Indifferenten gelegentlich an Erinnerung zu bringen, daß Koalitionsrecht Koalitionspflicht ist und diese Pflicht nicht im Beitragszahlen erschöpft, sondern nur in der ständigen Mitarbeit erfüllt werden kann. Auch die Beteiligung an den Wahlen und den Urabstimmungen wie die Vertretung in Organisationsleben überhaupt gehört zur Koalitionspflicht. Das müssen noch sehr viele Arbeiter und Angestellte beargen, die das Mitgliedsbuch ihrer Organisation bereits in der Tasche haben.

Ende des Kohlelegerstreiks.

In einer riesigen Versammlung der streikenden Baukempner, Kohleleger und Helfer am Freitag mittag in der Bauerei Friedrichshain wurde vom Brandenteiler Riederer über das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schiedsgericht berichtet. Es kam zu einem Vergleichsvorschlag, den wir bereits in der Nr. 470 des „Vorwärts“ am Donnerstag veröffentlicht haben. In dieser Veröffentlichung steht jedoch in einem Satze ein Wort, weshalb wir hier diesen Satz im vollen Wortlaut wiederholen:

„Tritt während des Monats Oktober eine wesentliche, nicht vorherzusehende Aenderung in den Lebenshaltungskosten ein, so sind die Löhne auf Antrag einer der beiden Parteien nachzuprüfen. Erforderlichenfalls ist die Entscheidung der gesetzlichen Schlichtungsinstanzen herbeizuführen.“

Riederer hat sich aber auch die Begründung des Spruches bekannt und hob insbesondere hervor, daß nach der Klausel jede der beiden Parteien berechtigt sei, gegebenenfalls eine Nachprüfung der Abmachung zu verlangen und die Entscheidung der gesetzlichen Instanz anzufordern. Objektiv könne von einem vollen Erfolg nicht gesprochen werden, aber ein ansehnlicher Teilerfolg sei durch den fast fünfjährigen Streik dennoch erlangt worden. Die geschlossene Front müsse weiter aufrechterhalten werden (Lebhafte Beifall).

Nach kurzer Diskussion wurde zur Abstimmung geschritten. Abgegeben wurden 2094 Stimmen, davon waren 2286 für Aufnahme der Arbeit, 754 für weiteren Streik und 54 unglücklich. Damit ist der Vergleichsvorschlag angenommen und der Streik beendet.

Am Montag früh wird die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen.

Lohnunterschiede in der Berliner Zigarettenindustrie.

Der Unternehmerverband der Berliner Zigarettenindustrie hält die Zeit für gekommen, einen Lohnabbau vorzunehmen. Die Herren glauben jedenfalls, daß sie mit dem juristischen Stroh, mit dem sie sich umgeben haben, die Sache machen können. Zunächst lehnten die Unternehmer jede Verhandlung über ein Lohnabkommen für Oktober ab. Als sie sich endlich doch dazu bequemen, erklärten sie, im Prinzip Lohnzulagen für Oktober nicht bewilligen zu können. Sie waren lediglich bereit, für einzelne Gruppen der Industrie keine Ausgleichszulagen zu bewilligen. Dieselben waren jedoch so minimal, daß man nicht einmal den Rat hatte, die Höhe dieser Zulagen zu nennen.

Vor dem Schlichtungsausschuß, der nun angerufen ist, soll über die Lohnhöbungen für Oktober beraten werden.

Bemerkten möchten wir noch, daß die Löhne in anderen Städten Deutschlands in der Zigarettenindustrie bis über 60 Proz. höher sind, als in der Berliner Industrie. Wenn die Unternehmer den Kampf haben wollen, die Arbeiterchaft ist bereit, ihn aufzunehmen. Das Kartell der freien Gewerkschaften der Zigarettenindustrie.

Die Lohnverhandlung in der chemischen Industrie geheitert

Am Donnerstag fanden zwischen den Parteien Verhandlungen über Neuverpflichtung der Oktoberlöhne statt, die jedoch zu keinem Resultat führten. In den nächsten Tagen sollen die Verhandlungen vor den Schlichtungsinstanzen wieder aufgenommen und weitergeführt werden.

Zur kommunistischen Wache in den Betrieben.

Wir erhalten folgende Mitteilung: „In einer Betriebsratsversammlung für Spandau, Hohenelland und Umgegend am Sonntag, den 8. Oktober, mit der Tagesordnung: „Die heilige Teuerung und der Reichsbetriebsratskongress“ gehen von Mitgliedern des Betriebsrates der Firma Drenstein u. Koppel, Fabrik Spandau, Einladungen an einzelne Betriebsräte für die obengenannten Ortschaften heraus. Der Betriebsrat der Fabrik Drenstein u. Koppel, Spandau, bringt hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß der gesamte Betriebsrat über die Einladungen nicht informiert war, sondern daß diese lediglich von den beiden unterzeichneten Betriebsratsmitgliedern, welche der kommunistischen Partei angehören, ausgehen. In einer Betriebsratsversammlung am Donnerstag wurde dazu Stellung genommen und festgestellt, daß auch die übrigen Betriebsratsmitglieder der A.P.D. nichts von den Einladungen wußten.“

Streik bei Ebel u. Lohmann, Berlin.

Die Firma (Freienwader Straße) forderte von zwei Arbeitern, die von streikenden Kollegen liegen gelassene Arbeit zu machen. Weil die Arbeiter sich weigerten, Streikarbeit auszuführen, wurden sie fristlos entlassen. Die Belogtheit beschloß daraufhin, die Arbeit solange einzustellen, bis die unberechtigten Entlassungen rückgängig gemacht sind. Die Firma ging nun aufs Ganze und dekretierte die Entlassung sämtlicher Beschäftigten ihres Betriebes. Verhandlungen am 30. September mit dem B.M.R. scheiterten an dem Starrsinn des Herrn Lohmann, der erklärte, daß eine Wiedereinstellung der beiden Entlassenen „unter keinen Umständen“ erfolgen könne.

Die Streikenden entschlossen sich, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Entlassenen wieder eingestellt werden. Wiederholte Versuche der Firma, Streikbrecher heranzuziehen, scheiterten allein schon an den rückständigen Lohnverhältnissen, die bei der Firma Ebel u. Lohmann noch bestehen.

An die Arbeiter aller Betriebe, in denen Tafelgeräte usw. hergestellt werden, richtet die Dringeverwaltung des Metallarbeiterverbandes die Bitte, etwaige Streikarbeit von der Firma Ebel u. Lohmann zurückzuweisen, weiter aber an alle Arbeitnehmer, Arbeit bei der Firma Ebel u. Lohmann nicht anzunehmen.

Zulagen für Arbeiter- und für Beamtenkinder.

Nach schreibt uns: „Nach Verfügung des Herrn Reichspostministers sind die Kinderzulagen der in der Reichsdruckerei beschäftigten Wochenlöhner von vier auf sechs Mark täglich, das sind monatlich 156 Mark erhöht worden. Dagegen betragen die Kinderbeihilfen samt Ausgleichszulagen für die Beamten und Angestellten ab 1. September 1922 für Kinder bis zu 6 Jahren monatlich 1554 M., für Kinder über 6 bis 14 Jahren 1942,50 M., mehr als das Zehnfache. Während den Arbeitern für ihre Kinder die Zulagen nur bis zu deren 14. Lebensjahre gewährt werden, erhalten sie die Beamten und Angestellten für ihre Kinder auch mit über 14 Jahren bis zum 21. Lebensjahre und zwar dann in Beträge von monatlich 2331 Mark. Der Wochenlöhner ist somit gezwungen, seine Kinder nach der Schulentlassung zum Gelderwerb anzuhalten, während es den Beamten und Angestellten ermöglicht wird, ihre Kinder weiter zur Schule gehen zu lassen oder sie in eine ordentliche Lehre zu geben. Das ist ein Zustand, der von Gerechtigkeit und sozialer Einsicht ziemlich entfernt ist und für den Arbeiter den Satz von der freien Lohn für Tüchtige ausbleibt.“

Es wäre zu wünschen, daß der Herr Reichspostminister den Wochenlöhnern der Reichsdruckerei mehr Entgegenkommen zeigt und ihnen die gleichen Kinderzulagen gewährt, die die Gemeinde- und Staatsarbeiter erhalten, das sind je Stunde 2,50 M.

Betriebsräte!

Gruppenversammlung der Gruppen XII, Staatliche und kommunale Behörden, und XIII, Verkehr, Montag, den 9. Oktober, 7 1/2 Uhr, in den Zentral-Restaurants, Berlin, Alte Jakobstr. 82. Die „Teuerung“. Es ist Pflicht aller Betriebsräte, in ihren Gruppenversammlungen zu erscheinen. Als Legitimation dient die Betriebsrätekarte und das Verbandsbuch. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die Anhänger der Amsterdamer Richtung waren am 2. Oktober in der „Königsbank“ zahlreich versammelt, um ein Referat des Genossen und Verbandskollegen Crispian über die Einigung entgegenzunehmen.

Genosse Crispian verstand es in ausgezeichnete Weise, die politischen und wirtschaftlichen Gründe für den Zusammenschluß der politischen Parteien in den Vordergrund seiner Ausführungen zu stellen. Die Einigkeit des Proletariats sei die Vorbedingung für die Erhaltung der Position der Arbeiterchaft in Deutschland und für den Kampf zur Befreiung der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Das kleinere Übel sei für uns im gegebenen Augenblick die Koalitionsregierung. Die Zersplitterung des Proletariats durch den Richtungsstreit bringe schwere Gefahren für die Arbeiterchaft mit sich, wie besonders deutlich die Vorgänge in Italien und Frankreich beweisen, wo das Proletariat durch den Richtungsstreit zur Ohnmacht verdammt sei. Befördert werde diese Ohnmacht durch die Praktiken der „Rostauer“ Internationale, die im eigenen Lande die Arbeiterrechte zugunsten des ausländischen Kapitals, dem die weitgehendsten Konzessionen gemacht werden, einschränkt und, wie die Vorgänge der letzten Zeit beweisen, die russischen Arbeiter schuldig der Ausbeutung ausländischer Kapitalisten überläßt. Der Zusammenschluß der politischen Richtungen müsse seine Auswirkung auch nach der Richtung hin finden, daß wie allerorts auch im Gemeindeförderverband im Interesse der Selbsthaltung Front gemacht werden muß gegen die Rostauer Zersplitterung der Arbeiterbewegung.

Die Diskussion bewegte sich im zustimmenden Sinne.

Im Anschluß hieran nahm die Versammlung Stellung zur Beiratswahl, die am 6. und 7. Oktober stattfindet. Orts- und Erweiterte Verwaltung hielten, und zwar einstimmig, beschließen, der Mitgliedschaft sei ein Vertreter sowie je einen Erfahrmann der drei Richtungen vorzuschlagen.

In der Generalversammlung gelang ein Ueberrumpelungsversuch der A.P.D., der die Aufstellung von drei Kandidaten jeder Richtung fordert, mit dem sehr durchsichtigen Zwecke, die Amsterdamer Richtung bei der Wahl auszuschalten und den Beirat mit den An-

hängern Moskows zu befehlen. Die Funktionäre der Amsterdamer Richtung beschloßen demgegenüber, überall dafür einzutreten, daß die Kandidaten der Amsterdamer Richtung gewählt und die „Rostawiter“ gestrichelt werden. Die Kandidaten der Amsterdamer Richtung sind die Kollegen: Hermann Kiel, Fuhrpark, Karl Herrmann, Goswede, Ray Krause, Straßenreinigung, Otto Kammermeier, Elektrizitätswerke, Erich Mai, Staatsbetriebe, Richard Schmidt, Elektrizitätswerke. An die Kollegen aller in allen Betrieben ergeht der Ruf, nur den vorstehend bezeichneten Kollegen ihre Stimme zu geben.

Funktionärskonferenz des D.G.V.

In einer Konferenz der Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes am Dienstag in den „Sophienhallen“ sprach Spieth vom D.G.V. über „Wirtschaftliche Tagesfragen“. Der Redner behandelte ausführlich die Fragen der großen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Probleme, insbesondere die Frage der Lebenshaltung des deutschen Volkes. Dabei betonte er, daß Lebensmittel in Hülle und Fülle auf der Welt vorhanden und dennoch breite Volksmassen vom Hunger bedroht sind. Die ganze „Kulturwelt“ scheine sich in ein Chaos verandeln zu wollen. Hunger und Elend auf der einen, Ueberfluß auf der anderen Seite sei die Signatur unserer Zeit. Dabei sei die Arbeitslosigkeit in Deutschland so geringen Umfanges wie selten zuvor. Der Redner schilderte die Zusammenhänge der wirtschaftlichen Verhältnisse, die ein großer Teil des Volkes noch nicht erkannt habe. Der Krieg habe die Wechselbeziehungen des wirtschaftlichen Lebens zerstört, und dadurch wie durch das Verfaller Friedensdiktat sei die Situation geschaffen worden, in der sich das deutsche Volk befinde.

Ein Teil der im politischen Kampf stehenden Massen erblicke in der Zerstörung alles Bestehenden das Heil, ein anderer sei dem Indifferentismus verfallen. Zwischen beiden müsse die Gewerkschaftsbewegung hindurch, die sich stark genug fühle, aus dem Chaos heraus den richtigen Weg einzuführen. Die extreme bürgerliche Rechte suche in ihrem Interesse die Arbeiterbewegung niederzuhalten und ruhe aus dem Indifferentismus und dem Radikalismus zu ziehen. Letzterer würde zu ganz aussichtslosen Kämpfen für die Arbeiter führen. Das Ringen um den Absatzmarkt trete bei den Vätern immer trostloser in die Erscheinung, es müsse ein Ausgleich gefunden und ein Austausch der Produkte herbeigeführt werden. Die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft sei nur durch Aenderung des verfaller Diktats zu erreichen, das die ganze Welt schädige. Die Völker müssen sich verstehen lernen. Es gilt, die schwebenden Fragen nüchtern zu prüfen und durchzuführen, was möglich ist. Bittere Kämpfe stehen uns bevor, die wir aber durchkämpfen müssen und werden. (Lebhafte Beifall.)

Von einer Diskussion wurde abgesehen. Den restlichen Teil des Abends nahmen innere Organisationsangelegenheiten in Anspruch.

Neue Löhne im Malergewerbe.

Nach der letzten Entscheidung des Haupttarifamtes für das deutsche Malergewerbe vom 8. Oktober beträgt der Stundenlohn in Groß-Berlin vom 8. Oktober bis zum 8. November 1922: für Maler über 20 Jahre 110 M., unter 20 Jahre 104,50 M. und für Anstreicher über 20 Jahre 100,50 M. Verband der Maler, Filiale Berlin.

Wund der technischen Angehörigen und Beamten. Montag 7 Uhr Mittagsversammlung der Postgruppe Eisen-Holz- und Bildhauer im „Weißen Saal“ des Reichshofes, Invalidenstr. 126. Referat des Kollegen Chroch über: „Die Neuregelung der Gehälter“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

„Die Volkshochschule und die allgemeine Volkshilfswirtschaft“ lautet ein Vortrag, den der Dozent Dr. med. Carl Leon im Bezirksverein Schöneberg der Volkshochschule am Sonnabend, den 7. Oktober, im Schöneberger neuen Rathaus halten wird. Der Vortrag ist öffentlich und unentgeltlich und mit einer Sitzung des Bezirksvereins verbunden. Anfang 7 1/2 Uhr. Der Vortrag soll dazu dienen, der Volkshochschule gerade aus unseren Reihen neue Freunde zuzuführen. Sozialdemokratischer Männerchor „Häufiges Tor“. Sonntag, den 8. Oktober, 6 Uhr, findet im Generalsaal unsere Konferenz mit nachfolgendem Tanz statt. Eintritt 10 M. „Vorwärts“-Leser und Genossen sind hiermit eingeladen. Alle Sänger treffen sich um 4 Uhr im kleinen Saal. Freie literarische Gesellschaften. Groß-Berlin. Öffentl. Neueste Anzeigenverlag Dienstag abends 8-10 Uhr in der Gemeindefaule Großmannstr. 6. Regelmäßige Lebensabend: Restant: Donnerstags 12-14 Uhr in der Gemeindefaule Großmannstr. 6. Oberförstern: Montags 17-19 Uhr im Gymnasium Pappelsteinstraße; Öffentl. Freitag 12-14 Uhr in der Gemeindefaule Großmannstr. 6.

Aus der Partei.

Zum Gedächtnis der Einigung.

Zur Erinnerung an den großen Tag, der uns der 24. September zu Nürnberg war und der er uns bleiben soll und bleiben wird, hat der neue Parteivorstand beschloßen, eine Einigungsmarke herauszugeben, die auf den inneren Umwandel unserer Mitgliedsbücher eingeleitet werden soll. Der Parteivorstand verpflichtet die männlichen Mitglieder unserer Partei, eine Marke im Werte von 20 M. und alle Genossinnen, eine Marke im Werte von 10 M. zu erwerben zur Erinnerung an die Einigung. Der Ertrag dieser Beisteuer soll zur Kräftigung der Zentralkasse wie der Bezirkskassen unserer Partei dienen. Damit tun alle Genossinnen und Genossen der Partei einen großen Dienst. Sie erkennen damit die Notwendigkeit an, die Partei auch materiell zu kräftigen, indem sie ihr die für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront und für ihre politische Ausübung notwendigen Mittel zuführen.

Beantwortlich für den rechte Teil: Victor Schiff, Berlin; für den linken Teil: Gluck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 9. Kreis 1. Berlin.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
Mod. fertige Straßen-Anzüge
Herren-Schnüpper
Tallentmäntel mit Gürtel
Sport-Perze

Bei Hautausschlag, Beinschäden (Krampladern)
ist San.-Rat Dr. Strahls Haussalbe
seit 100 Jahren ein mildes u. wirks. Mittel. — Orig.-Dose 85 u. 155 M.
Elefanten-Apotheke, Berlin SW
Leipziger Straße 74 am Dönhofsplatz. Fernsprecher: Zentrum 192.

Süßstoff-Preise im Oktober
1 H.-Packung = Süßkraft von rechl. 1 Pfund Zucker
N. 7,50
Vorzüglich zum Kochen, Backen usw.
Kann mitgelocht werden.
Erfällich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

Tabletten haben die Süßkraft von je 1 1/2 Würfel Zucker
Schachteln mit 100 200 500
N. 13,— 24,— 53,—
zum Süßen von Kaffee, Tee usw.

Krankenk. - Strickkass. der Bauarbeiter, Berlin (Zuschußkass.). Sonntag, d. 3. Okt. Sonntag 10 Uhr, d. Wilke, Seeblickstr. 23
Außerordentliche General-Versammlung
Tagesordnung: Aufhebung der Kasse. Der Vorstand
J. W. H. Metzke.

Arabim
der gute Schuhputz
TERPENTINÖLWARE IN DOSEN MIT BANDEROLE

Metalbetten
Stahlmatt. Kinderbetten dir an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Unter dem Terror der Organisation C.

SPD. Leipzig, 6. Oktober. (Fig. Drahtbericht.) Einmal blühte es in der heutigen Verhandlung: das Wort Bayern fiel. Der Kapitänleutnant Tilleßen hörte auf, schon glaubte man an eine nahe Entladung der Atmosphäre, aber alles befähigte sich. Berührt lehnte der Kapitänleutnant Tilleßen wieder auf seinem Sitz. Der Angeklagte Schütt und sein Kompagnon Diesel wollen von den Mördern gehört haben, daß ein Wagen aus Bayern erwartet worden sei. Allein der weitere Verlauf der Verhandlung reduzierte die anfangs bestimmte Aussage der Garagenbesitzer zu einer bloßen Vermutung, und wer bereits geglaubt hatte, daß er nunmehr wenigstens einen der zwischen München und den Mördern getnüpften Fäden erhalten konnte, griff schließlich ins Leere.

Eine andere Enttäuschung ist uns allerdings erspart geblieben: während der Vernehmung des Angeklagten Steinbeck kam die Rede auf die schon seit gestern in Diskussion stehende mysteriöse Waffenschlebung, über die der Angeklagte nur in Abwesenheit des Publikums auszusagen sich bereit erklärte. Es hätte nicht viel gefehlt und die Feierlichkeit dieses Prozesses, zu dessen wichtigste Vorbedingungen die Öffentlichkeit gehört, wäre beträchtlich gestört worden. Daß dieser zum Schutz der Republik bestimmte Gerichtshof vor seinem ersten Schritt zur Unpopularität bewahrt wurde, ist zu begrüßen. Der Angeklagte Steinbeck hätte auch in Abwesenheit des Publikums höchst gleichgültige und zumindest nicht unbedingt zur Sache gehörende Geschichten erzählt. Die tieferen Zusammenhänge würde keinem der Angeklagten verfallen, selbst dann nicht, wenn sich der Präsident zu einem Privatgespräch bereit erklären wollte.

Am interessantesten gestaltete sich die noch nicht abgeschlossene Vernehmung des Kapitänleutnants Tilleßen, der sich bemüht, belanglose Nebensachen möglichst amüsant zu gestalten und mit einer beispiellosen Schamlosigkeit Hauptmomente in den Hintergrund zu schieben. Dabei entfährt ihm der eine oder andere Satz, der zwar wenig Sachliches enthält aber psychologisch verräterisch ist. So, wenn er z. B. in der Erzählung über den alten Gärtner Brüdigam sagt: „Der Mann schien mir für einen Arbeiter zu intelligent.“ Man merkt die dem Generalssohn angeborne Geringschätzung für den arbeitenden Menschen. Dem Herrn Kapitänleutnant sind nur Mordmörder ebenbürtig.

Der vom Oberreichsanwalt angekündigte Belastungszeuge ist allerdings auch gestern nicht erschienen, dagegen hat der alte Behrens, der Onkel Tschow, zugegeben, daß sein Reife von einem systematisch vorbereiteten Plan zur Ermordung Rathenaus gesprochen hatte. Es wird dem Hauptangeklagten Tschow und der Verteidigung jetzt wahrscheinlich nicht mehr leicht sein, den früher von ihnen gewaltsam hervorgerufenen Anschein, als hätte er ahnungslos nur auf Befehl gehandelt, wieder wachzurufen. Tschows Wissen um den Mord steht weifellos fest.

Möglich, daß noch einigemal im Laufe der Verhandlung die Worte „Bayern“ oder „München“ oder „Ludendorff“ fallen werden. Es wäre wünschenswert, wenn der Staatsgerichtshof an diese Worte anknüpfen wollte. Es würde dem Sinne des zum Schutze der Republik errichteten Staatsgerichtshofes entsprechen, wenn die Gelegenheiten, die sich zum Schutze der Republik ergeben, ausgenutzt würden. Eine einzige Suggestivfrage der Verteidiger, die in diesem Prozeß so häufig ihre Sätze mit: „haben Sie nicht gehört, daß...“ einleiten, eine kleine so stilisierte Frage genügt, um den Ausfahrenden an die Gefährlichkeit seiner Worte zu mahnen und alle bereits zugegebenen Tatsachen in schwankende Möglichkeiten zu verwandeln. Es ist ein fortwährendes Tapfen ins Leere. Die Angeklagten haben in ihrem ganzen Leben nichts so gründlich gelernt wie das Leugnen. Ihre Aussagen sind sogar besser präpariert als ihre Äußerungen.

Eine charakteristische Episode sei zum Schluß noch erwähnt. Im Zuschauertraum wurde ein Jüngling mit einem Hakentanz im Knopfloch von einem Mitglied des republikanischen Richterbundes gestellt. Als man die Personalien des jungen Mannes feststellen wollte, erfuhr man, daß er im Reichsgerichtshause logieren zu Hause ist. Es ist nämlich der Sohn des Reichsgerichtsrats Dr. Bogt.

Verhandlungsbericht.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Nachdem der Ausschluß der Öffentlichkeit abgelehnt worden war, wurde in der Vernehmung des Angeklagten Steinbeck fortgesetzt. Vors.: Sie haben also ein Auto sowie Garage und Chauffeur zum Zwecke einer Waffenschlebung besorgt? Angekl.: Jawohl. Vors.: Nennen Sie sich näher über diese Waffenschlebung. Angekl.: Ich bitte mir das zu erlassen. Vors.: Sie wollen also darüber nichts ausagen? Haben Sie sich denn sonst an solchen Unternehmungen beteiligt? Angekl.: Auch darüber verweigere ich die Aussage. Wie meine früheren Bekundungen vor dem Untersuchungsrichter über diesen Punkt sind unavär, und ich habe sie nur gemacht, um die Nachforschungen in dieser Frage zu erschweren, um meine Kameraden zu beden und um zu verhindern, daß durch eine Veröffentlichung dieser Schlebung in der Presse die Entente aufmerksam würde und dem Reich Schaden erwachse. Vors.: Hat Ihnen Leutnant Frißke gesagt, Sie sollten einen Chauffeur besorgen, der „den Teufel im Leib habe“ und der mal „Gefängnis knauen“ könne? Angekl.: Ja, das ist richtig. Vors.: Es handelte sich also um eine bedeutende Sache? Angekl.: Jawohl, es bestanden natürlich Gefahren dabei. Vors.: Und das hatte mit der Gefangenenbefreiung nichts zu tun? Angekl.: Nein, es handelte sich

nur um eine Waffenschlebung,

die über Dresden gehen sollte, deshalb sollte ich ja auch die Garage besorgen. Vors.: Ist das die volle Wahrheit? Angekl.: Jawohl, mit dem Rathenau-Mord habe ich nicht im geringsten im Zusammenhang. Die Nachricht traf mich vollkommen unvorbereitet und ich habe auch aus den Versicherungen Tschows und Brandts nicht angenommen, daß es sich um ein solches Attentat handelte.

Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß Steinbeck über die Waffenschlebung seine Aussage verweigert hatte, wurde auf die Vernehmung der Zeugen Frißke und Helme verzichtet.

Als nächster Angeklagter wurde dann der 33jährige Kaufmann Richard Schütt, Berlin-Schmargendorf, vernommen, in dessen Garage das Morbauto untergebracht worden war. Er bekundete, daß er weder einer Partei noch einer politischen Organisation angehöre. Er sei periodisch ein starker Trinker und

habe sich damals gerade in einer solchen Periode befunden. Schon im Mai dieses Jahres habe er sich bereit erklärt, für einen gewissen Boff, der wegen seiner Beteiligung in Oberschlesien von der Entente gesucht wurde, Schlafgelegenheit zu beschaffen. Am Mittwoch, den 21. Juni, sei er an dieses Versprechen telephonisch erinnert worden, und zwar habe man ihm angekündigt, es käme

ein Auto aus München

mit zwei Herren, die bei ihm übernachteten wollten, es handle sich um eine ähnliche Sache wie bei Boff. Angekl. Schütt (fortfahrend): Am Donnerstagabend sei dann Günther, den er vorher nicht kannte, zu ihm gekommen und habe die Garage für Freitag bestellt. Dagegen habe er, Schütt, es abgelehnt, ein Auto für Günther bereit zu halten. Am Freitagabend kam das Auto und er habe die Insassen zum Abendessen eingeladen, habe sich aber bald verabschiedet, da er ziemlich angekränkt gewesen sei. Von ihren Gesprächen habe er nichts gehört. Er habe geglaubt, es handle sich um flüchtige Kriegsverbrecher. Er verabschiedete sich bald darauf und beim Abschied sah ihm Kern scharf ins Auge und sagte: „Schütt.

Verräter gehen bei uns um die Ecke.“

Vors.: Sprach Kern so, daß man vor ihm Furcht haben konnte? Angekl.: Jawohl. Später teilte mir dann mein Sojus Diesel mit, daß das Auto weggegangen sei. Um 11 Uhr am Vormittag des 24. Juni ist dann auch das Auto zurückgekommen, und zwar mit Tschow allein. Ich fragte Tschow, der inzwischen den Wagen wusch und reparierte, ob er die Herren gut abgeliefert habe. Darauf antwortete er: „Wir haben Rathenau erschossen.“ Ich weiß allerdings nicht, ob er sagte, „wir“ oder „die“. Tschow sagte dann weiter, daß ihm die Sache selbst überraschend gekommen sei, aber den Rechtspartei, sagte er, glaube ich, sei das Geld ausgegangen und sie hätten die „Roten“ zum Angriff reizen müssen. Ich war ganz fassungslos und entsetzt und wies darauf hin, daß Rathenau doch ein bedeutender Mann gewesen sei. Darauf erwiderte Tschow:

„Ja, denken Sie denn, daß wir das zum Vergnügen gemacht haben? Aber gemacht mußte es werden.“

Vors.: Tschow, ist das richtig? Angekl. Tschow: Auf den genauen Wortlaut kann ich mich nicht besinnen. Vors.: Haben Sie gesagt: „Wir haben Rathenau erschossen?“ Tschow: Nein, ich sagte: „Die haben Rathenau erschossen.“ Angekl. Schütt: Ich war jedenfalls furchtbar aufgeregt und wußte nicht, was ich tun sollte, ob ich die Sache zur Anzeige bringen sollte oder nicht. Ich stand unter dem Druck der Drohung Kerns, dessen Haß und Rache ich im Falle einer Anzeige zu fürchten hatte. Deswegen beschloß ich mit meinem Sojus, zunächst einmal abzuwarten. Abends kam dann der jüngere Tschow und verlangte, daß die Autokappen vernichtet würden. Ich weigerte mich, weil ich mit der Sache nichts zu tun haben wollte. Mein Sojus Diesel hat dann die Kappen unter der Weste aus der Garage in die Wohnung getragen. Ich habe ihm aber nicht gesagt, daß er die Kappen verbrennen solle.

Vors.: Vor dem Untersuchungsausschuß haben Sie das aber zugegeben. Angekl.: Das habe ich nur zugegeben, weil es von einer Zeugin behauptet wurde. Wir haben uns dann weiter beraten und waren der Ansicht, daß es nun zu spät sei, um die Sache anzuzeigen. Am Montag nachmittag kam dann der jüngere Tschow wieder und verlangte von mir 5000 Mark, und zwar, wie ich annehme, für die Flucht seines Bruders. Ich habe ihm die Herausgabe des Geldes verweigert. Vors. zum jüngeren Tschow: Ist das richtig? Hans Gerd Tschow: Jawohl. Angekl. Schütt: Am Dienstag nachmittag kam dann Kriminalkommissar Seirremer mit Diesel zu mir und ging zu der Garage, wo das Morbauto stand. Als er mich fragte, ob ich gesehen habe, wie das Morbauto weggefahren sei, verneinte ich das. Hätte er mich aber gefragt, ob das das Morbauto sei, dann hätte ich es sicher zugegeben. Vors.: Der Kriminalkommissar hat Sie doch gefragt, ob kurz vor der Tat bei Ihnen ein Wagen untergestellt sei, und da sollen Sie ihm geantwortet haben, daß dieser Wagen am Donnerstag zur Reparatur eingeliefert worden sei und seitdem die Garage nicht verlassen habe. Angekl.: Das hat Diesel gesagt. Vors.: Haben Sie nicht dem Kommissar eine ähnliche Erklärung gegeben? Angekl.: Ich habe keine falschen Angaben gemacht. Oberreichsanwalt: Wie lange blieb denn das Auto fort? Angekl.: Bisherlich eine halbe bis dreiviertel Stunde, um 11 Uhr vormittags war es zurück. Oberreichsanwalt: Schließen Sie aus den Versicherungen Kerns und Tschows, daß hinter den beiden eine Organisation stehe? Angekl.: Daß diese Leute eine Einzelgängerbewegung, nahm ich nicht an. R. M. Dr. Alsborg: Glaubten Sie, daß von irgendeiner Seite ein Putsch bevorstehe, und daß deshalb Ihre Situation gefährdet sei, wenn Sie bei der Polizei Anzeige erstatteten? Angekl.: Jawohl. Diesel sagte noch, wenn wir das verraten, dann geht es uns wie dem Wachmeister Buchholz. (Wachmeister Buchholz, der die grösste Hochachtung genießt, z. B. D. R.) Ueber seine politische Überzeugung befragt, erklärte der Angeklagte, daß er sich immer dahin geäußert habe, bei der herrschenden Geldentwertung könne heute kein Mensch besser regieren. Vor Rathenau selbst habe er immer die grösste Hochachtung gehabt.

Hierauf wurde Kriminalkommissar Futh über die Verhaftung des älteren Tschow bei seinem Onkel vernommen. Zeuge Futh: Als ich auf das Gut des Herrn Behrens kam, war Tschow in seinem Zimmer eingeschlossen. Ich habe ihn herausgeholt, doch hat er mich nicht zu fesseln, da er freiwillig folgen wollte. Herr Behrens, der tief erschüttert war, redete seinem Reissen aus das eindringlichste zu, die Wahrheit zu gestehen und sagte: „Junge, sage doch, was Du weißt, die Sache kann Deinen Kopf kosten und ich möchte Dich nicht als Lumpen aus meinem Hause scheiden sehen.“ Der junge Tschow schlug die Hände vor das Gesicht und sagte dann:

„Ueber meine Freunde kann und darf ich nichts ausagen.“

Aber das eine kann ich beteuern, ich habe nicht gewußt, daß ich am Sonnabend den Wagen zu dem Mord steuern sollte.“

Hierauf schloß sich die Vernehmung des Angeklagten Diesel, der Teilhaber an der Schüttischen Garage ist. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärte er, daß er keiner politischen Organisation oder Partei angehöre. Er sei ohne Willen und Wissen in die Nordpazie hineingeraten. Diesel schilderte, wie am 18. Juni das Auto, das Tschow steuerte, mit Fischer und Kern abends um 10 Uhr in die Garage kam. Am Sonnabendmorgen habe Tschow von ihm Benzin gefordert und erhalten. Vors.: Fiel Ihnen an Tschow etwas auf? Angekl.: Seine Augen waren sehr unklar. Nachmittags gegen 2 Uhr ging ich zu Schütt, mit dem ich im gleichen Hause wohne, in die Wohnung. Mein Kompanon war furchtbar aufgeregt und sagte mir zu: „Druf! Die nur, Rathenau ist ermordet, und die Leute, die bei uns waren, sind die Täter.“ Ich erwiderte ihm, dann mühten wir sofort die Sache anzugehen. Schütt erwiderte mir aber: „Das können wir nicht, denn Kern hat gesagt: Verräter gehen um die Ecke.“ Ich erschrak furchtbar, denn ich dachte, daß es uns dann eventuell so gehen würde wie dem ermordeten Wachmeister Buchholz von der Sicherheitspolizei. Als am Nachmittag die Ermordung des Ministers in der ganzen Stadt bekannt war, sagte eine mit uns im gleichen Hause wohnende Frau Büchel zu mir, ob etwa das Auto, das bei uns einsteht, sei, das Morbauto wäre. Ich bejahte das, aber Frau Büchel merkte an meiner Aufregung, daß ich log. Schließlich gab ich ihr zu, daß der Wagen mit dem Morbauto identisch sei. Am Spätnachmittag ging ich wieder zu Schütt in die Wohnung, und dorthin kam auch der jüngere Tschow. Er verlangte die drei Autokappen, die im Wagen liegen

geblieben waren. Schütt traute sich nicht in die Garage zu gehen, und so holte ich die Kappen. Vors.: Sie wollten also die Spuren verwischen? Angekl.: Nein, aber ich wollte nur nicht in die Sache hineingezogen werden, da ich voraussetzte, daß dann unfer Geschäft ruiniert werden würde. Tatsächlich müssen wir die Garage jetzt verkaufen, da niemand mit uns etwas zu tun haben will. Vors.: Sie haben in der Voruntersuchung gesagt, Sie hätten die Vernehmung der Kappen als einen Befehl der Täter aufgefaßt. Angekl.: So ist es, denn

ich fürchtete die Rache der Mörder.

Darauf wurde der Angeklagte Kaufmann Berner Boff vernommen, der in sehr weisshewiger und gewandter Art und Weise derzulegen versuchte, daß er nur durch einen Zufall die Bekanntheit der Täter gemacht habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, welcher Partei er angehöre, erklärte Boff, daß er zuerst der SPD, und dann der USPD, angehöre habe. Boff schildert dann, daß am Mittwoch vor der Tat er seinen Geschäftsfreund Weyer vom Tempelhofer Ufer zum Potsdamer Platz begleitet habe. Dort wurde Weyer von dem Angeklagten Günther angesprochen, und Günther fragte, ob Weyer ihm eine Garage nennen könnte. Er, Boff, habe sich an Schütt erinnert und dessen Namen genannt. Als Günther nach der Garage fragte, fiel mir aus einem früheren Gespräch der Name Kittinger wieder ein, und ich fragte, ob Günther etwa für ihn eine Garage suchte. Günther stritt das nicht ab. Ich kümmerte mich zunächst nicht weiter um die ganze Sache, und am nächsten Tage kam Günther zu mir und fragte, ob er nun die Garage haben könne. Ich fuhr dann mit Günther, um Schütt zu suchen. Unterwegs fragte er mich, ob ich ihm eine Maschinenpistole besorgen könne. Mäßig erzählte mir Günther, ein junger Student habe den Plan gefaßt, Rathenau zu erschließen. Man habe sich an einen Redakteur der „Deutschen Zeitung“ oder „Deutschen Tageszeitung“ gewandt, um für das Attentat Geld zu bekommen, sei aber abgewiesen worden. Vors.: Wie Günther durchblicken, daß er diesen Plan billigte? Angekl.: Natürlich. Er erzählte mir weisshewig, er halte Rathenau für einen Schädling. Das machte mich stutzig und ich fragte ultimativ — der Bunsch nach der Maschinenpistole war mir unheimlich geworden —, ob Günther etwa gegen Rathenau etwas vorhabe. Günther verneinte das, erzählte mir dann aber weiter von den Attentaten auf Erzberger und Scheidemann. Da er sich jedoch in Widersprüche verwickelt hatte, nahm ich ihn nicht für voll. Immerhin gingen mir doch die ganzen Erzählungen und die Autogeschichte durch den Kopf, und da ich zwei Monate vorher mit Rathenau in Berührung gekommen war, so ging ich in eine Alkoholdiät von Bardinet und

schrieb an Rathenau einen Brief.

in dem ich ihm mitteilte, ich sei mit rechtsstehenden jungen Leuten durch einen Zufall zusammengestossen, die Drohungen gegen den Minister ausgeföhren hätten. Vorliegender: Haben Sie denn nach dieser Unterredung der Polizei keine Mitteilung gemacht? Angeklagter: Nein, denn ich traue der Berliner Polizei nicht. Weiter befandet der Angeklagte Boff auf Befragen seines Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Feld, daß ihm Rathenau seinerzeit als Reichsaussenminister einen großen Dienst geleistet habe. Deshalb sei er

Rathenau zu Dank verpflichtet

gewesen und aus diesem Gefühl heraus habe er dann am Donnerstag vor der Tat einen Brief an ihn geschrieben und ihn vor dem Anschlag gewarnt. Vorliegender: Hatten Sie nicht den Eindruck, daß Günther ein höchst verdächtiges und gefährliches Individuum war? Angeklagter: Für gefährlich habe ich ihn nicht gehalten. Auf keinen Fall hat mir Günther gesagt, daß das Attentat in wenigen Tagen stattfinden sollte. Am Sonnabend, den 21., wurde mir mitgeteilt, daß Rathenau erschossen sei. Am Abend habe ich einen

Brief an das Polizeipräsidium

geschrieben, der sich erst jetzt aufgefunden haben soll, nachdem er mir bisher immer wieder bestritten worden ist. Vorliegender: Ist das dieser Brief hier? (Legt ihm den Brief vor.) Angeklagter: Jawohl. Der Angeklagte liest dann den Brief vor, der ziemlich konfus geschrieben ist und in dem er der Polizei von seinen Behauptungen, über die Beschaffung der Garage um Mitteilung macht. Angeklagter fortfahrend: Ich habe übrigens am Freitag vor der Tat noch versucht, Rathenau noch in seiner Wohnung anzurufen, bekam aber keine Verbindung mit ihm. Beiführer v. Calker: Sie haben Günther also nicht ernst genommen und ihn nicht geglaubt; aber trotzdem haben Sie an Rathenau geschrieben? Angeklagter: Aus instinktiver Dankbarkeit. Hätte ich allerdings die Möglichkeit eines Attentats als tatsächlich angenommen, dann wäre ich auf das auswärtige Amt gegangen und hätte Rathenau den Plan seiner Ermordung persönlich mitgeteilt. Ich dachte auch, daß mein Brief genügen würde. Rechtsanwalt Dr. Feld: In einem Teil der Presse ist Boff als ein von den Gerichten viel gesuchter Mann bezeichnet worden. In Wirklichkeit ist er von keiner Behörde gesucht und nie bestraft.

Dann wurde der Angeklagte

Kapitänleutnant a. D. Karl Tilleßen

vernommen. Er bekundete zunächst, daß er der Orgesch, aber nicht der D. C. angehöre, daß er neben seinem Sprachstudium sich auch politisch, und zwar hauptsächlich im Neudeutschen Bund betätigt habe. Mit Kapitänleutnant Hoffmann in München sei er zweimal zusammengekommen, das letztemal kurz vor dem Rathenau-Mord. Ferner habe er sich auch für die nationalsozialistische Arbeiterbewegung und für den Verband nationalgesinnter Soldaten und für völkische Turnvereine betätigt. Sehr eingehend wurde dann der Angeklagte über seine Beziehungen zu einem Arbeiter Brüdigam vernommen, der angeblich als früherer Kommunist wegen seiner jetzigen völkischen Betätigung dauernd von den Kommunisten verfolgt würde. Ich habe das Gefühl, so erklärte Tilleßen, daß ich bei der Gelegenheit zeigen konnte, daß ich als sogenannter reaktionärer Offizier auch einem in Art befindlichen Arbeiter helfen könne (!). Ich bot deshalb Brüdigam 2000 M. Leihweise an. Es wurde dann mit ihm verabredet, daß Brüdigam nach München reisen sollte. Ich gab ihm auch einen Brief an Kapitänleutnant Hoffmann mit. Brüdigam betonte, daß er als früherer Kommunist gute Beziehungen hätte und

in der SPD, Spilbedienste tun könne.

Er hat mir dann auch sein Programm entzweit, und zwar erklärte er, er kenne die Lage ganz genau, es müsse unbedingt etwas geschehen, vor allem müsse man linksstehende Führer, besonders jüdische Führer, beseitigen. Ob Brüdigam Scheidemann erwähnt hat, weiß ich nicht. Über ganz bestimmt sprach er von Rathenau, der, wie er erklärte, mit den Sowjets in Verbindung stände. Radel sei unter dem Namen Sobelsohn früher in der USPD tätig gewesen (!) und von Rathenau nach Rußland geschickt worden (!), um dort den Bolschewismus zu machen. Ich habe das alles als ganz lächerliche Gerüchte bezeichnet. Meine Gegnerschaft zu Rathenau habe ich in meinen zahlreichen Reden in der nationalsozialistischen Arbeiterkass und dem Verband nationalgesinnter Soldaten immer rein sachlich betont. In erster Linie war ich Gegner seiner Erfüllungspolitik. Vors.: Aber besonderer Gegner Rathenaus, weil er Jude war? Angekl.: Ich bin völkisch gesinnt, bin

aber kein Fanatiker. Ich habe dann Brüdigers Frau 1000 Mark gegeben und ihm den Rest des Geldes. Vors.: ...

Woher hatten denn Sie das Geld?

Ich denke, Sie waren ein armer Teufel? Tilleffen: Ich hatte immer etwas für meine Reisen zur Verfügung. Vors.: Von Ihrer Organisation? Angelk.: Ich bezog eine monatliche Pension von 1100 M. und erhielt von meiner Organisation zuerst 2500 und dann 3000 Mark. Vors.: Von welcher Organisation? Tilleffen: Vom Neudeutschen Bund. Für Reisen reichte das natürlich nicht. Dazu wandte ich mich an nationalgeliebte Herren, bei denen ich mir mit Hinweis auf den Zweck meiner Reise das Geld, auf gut deutsch gesagt, erbettelt habe. Ich wurde nämlich viel von auswärtigen Reden und Vorträgen im Verband nationalgeliebter Soldaten und bei sonstigen Feiern angefordert. Brüdiger hat mir übrigens auch mitgeteilt, daß er genau über die Nachrichtenzentrale der Kommunisten in Frankfurt, München, Halle und Berlin unterrichtet sei. Tilleffen berichtet weitere Epizyphantischen Brüdigers. Brüdiger ging dann nach München, und später erfuhr ich durch einen Brief Hoffmanns, daß dieser ihm wieder Geld gegeben habe und daß Brüdiger dann nach Berlin gegangen sei. Dann erschien er wieder einmal in meiner Abwesenheit in Frankfurt a. M. und wandte sich an den Leutnant Heinz, dem er erklärte, daß er in Berlin eine

Aktionsgeschichte von Sowjetdelegierten gestohlen

Habe, in der wichtigen Material über die Verbindung zwischen Rathenau und den Sowjets enthalten sei. Seine Frau überlegte die Papiere aus dem Ruffischen in das Deutsche. Dann ließ er sich von Heinz wieder Geld geben. Heinz aber wurde mißtrauisch und sagte mir später, er halte Brüdiger für einen kommunistischen Spion. Später hat Brüdiger sich auch von mir nochmals Geld geben lassen. Vors.: Das haben Sie alles von Ihrem Geld gegeben? Angelk.: Nein, das habe ich mir erbettelt. Ich hielt das Material Brüdigers über die kommunistischen Nachrichtenzentralen für sehr wichtig (!) für die Nachrichtenstelle des Leutnants Heinz. Vors.: Was war denn das für eine Nachrichtenstelle, war das eine private Stelle oder stand die Stelle mit der Regierung in Verbindung? Tilleffen: Nein. Die Nachrichtenstelle wurde durch zwei Hauptleute in Kassel geleitet. Mehr kann ich hier öffentlich nicht erklären. Vors.: Stand sie denn nicht mit dem Reichswehrministerium in Zusammenhang? Angelk.: Jedemfalls nicht direkt. Später bin ich dann doch Brüdiger gegenüber mißtrauisch geworden, um so mehr, als er mit den angeblich gestohlenen russischen Akten niemals herausrückte. Als ich ihn dann auf eine erneute Geldforderung diese Bitte abschlug, sagte er, er habe dies überhaupt nicht mehr nötig, er sei durch Vermittlung der „Frankfurter Volksstimme“ Redakteur an der „Münchener Post“ geworden (!), also einem sozialdemokratischen Blatt, und ich war denn auch aufs höchste erfreut, daß dieser angeblich politische gestohlene Mann zu einer solchen Stellung kommen konnte.

Ein Unwohlsein Günthers machte dann plötzlich gegen 3 Uhr nachmittags die weitere Fortsetzung der Berechnung Tilleffens unmöglich. Die Verhandlung wurde auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

Die Alte vom Krögel.

Der Alt-Berlin huldert, weiß heute mit Vorliebe an der originalen alten Stätte, dem „Krögel“. Kaum jemand der heutigen Besucher entgeht einer fettigen weiblichen Erscheinung, die so recht zum Charakter des Ganzen paßt. Ein kleines, weißhaariges Mütterchen mit treuerzigen Augen, in sauberer Kleidung, auf einen Krüstock gestützt, redet die Besucher an und erzählt unaufgefordert von der Vergangenheit des Krögels und nicht weniger von ihrer regen Vergangenheit. Da bekommt man zuweilen manches Interessante zu hören, so von den einstigen Inassen des Gefängnisses, dessen düstere, verwitterte Mauer mit den schwarzen Fenstergittern der Westseite des Krögels einen unheimlichen Abschluß gibt, von Berühmtheiten, die hier gefesselt haben, von Fritz Reuters und anderen Politikern, von dem Mörder des Professors Gregg, dessen trauriges Ende vor mehr als fünfzig Jahren zu den Verlesterlungen gelangte wurde, von dem städtischen Direktor, der den Behörden ein Schnippen schlug, und ähnliches. So manchem hochbetagten Besucher geben dabei Erinnerungen an das auf, was er in seiner Kindheit mit durchgemacht oder doch erzählen gehört hat. Besonders gern erzählt die Alte vom toten Jahr 1848, und man nimmt es schon in Kauf, wenn die Mitteilungen manchmal etwas wirr durcheinander gehen. Von sich selbst berichtet die gute Alte, daß sie die „Tochter des alten Kleinmüller“ ist, daß ihre Mutter Predigerstochter war und eine Art „Mehalliance“ schloß, als sie den „Bauer-August“ heiratete, und weiß dann viel Erfreuliches wie

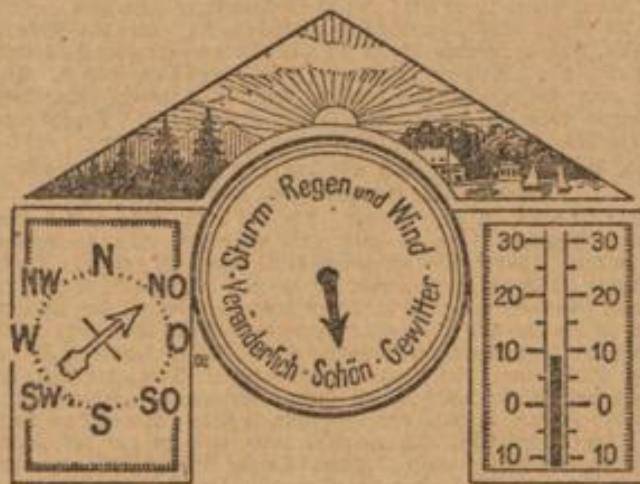
Trauriges aus ihrem Leben zu erzählen. Am Krögel, wo sie groß geworden ist, hängt sie mit treuer Liebe. Heute vollendet sie ihr dreiundachtzigstes Lebensjahr, wofür sie ersichtlich noch recht tüchtig ist.

Bürgerliche Steuerscheu.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag mit 78 gegen 71 Stimmen die Deckungsvorlage des Magistrats, in der eine Erhöhung der Grund- und Gebäude-, wie der Gewerbesteuer und die Neueinführung einer Betriebskopfsteuer vorgezogen war, abgelehnt. Der Ablehnung waren wochenlange Beratungen in städtischen Ausschüssen vorausgegangen. Auf Betreiben der bürgerlichen Parteien hatte man auch die Vertreter der Handels- und Handwerkskammer gutachtlich gehört. Schon in diesen Ausschüßberatungen hörte man nur mit Kopfschütteln den phantastischen Schilderungen über den Zusammenbruch der Gewerbetreibenden zu. Selbst die bürgerlichen Parteien hatten das Empfinden, daß diese dick aufgetragene Steuerscheu etwas peinlich sei.

Was sich jetzt in der Stadtverordnetenversammlung abspielte, ist für die bürgerlichen Parteien kein Ruhmesblatt. Wir reden nicht von den Deutschnationalen. Sie kennen bei ihrem fanatischen Haß gegen den Berliner Magistrat nur ein einziges Ziel: der Stadt mit allen Mitteln und bei jeder Gelegenheit Schwierigkeiten zu machen. Es ist bereits ein altbewährtes Bild geworden, wenn im Rathaus Herr Koch, der deutschnationale Häuptling, sich würdigen Schrittes zu seinen kommunistischen Freunden begibt. Dann weiß jeder, daß wieder mit irgendwelchen Mitteln auf dem üblichen Geschäftsordnungswege irgendetwas zu Fall gebracht werden soll. Niemand erwartet von diesen Herrschaften, daß sie auch nur einen sachlichen Gesichtspunkt vorbringen, mit dem sie ihren Kampf beschönigen könnten. Es mag sein, daß der eine oder andere der deutschnatio-

Wie wird das Sonntagswetter?



Zu Beginn dieser Woche hätte sich in Ostdeutschland etwa bis zur Oder hin unter dem Einfluß eines in Nordwestrußland befindlichen Hochdruckgebietes der Himmel zeitweise auf. Weiter im Westen traten jedoch, als ein Tief aus Nordfrankreich und ein anderes von der Nordsee heranzogen, in der Nacht auf Montag neue Regenfälle ein, die sich in den folgenden Tagen wiederholten und allmählich bis zur Ostgrenze des Reiches ausbreiteten und namentlich am Donnerstag in Süd- und Mitteldeutschland recht ergiebig waren. Die Nächte waren anfangs sehr kühl, in Norddeutschland sank das Thermometer vielfach bis auf 1 Grad Celsius, im Saale Saachen sogar ein wenig unter den Gefrierpunkt. Dann wurden die Nächte überall milder, aber die Temperaturen stiegen auch in den Tagesstunden nur wenig über 10 Gr. Celsius empor. Von Donnerstag an trat nachts wieder beträchtliche Abkühlung ein und am Freitag früh, als von Skandinavien her ein höherer Luftdruck südwestwärts vordrang, während gleichzeitig ein flaches Tief von England nach Nordfrankreich und Westdeutschland zog, klärte sich der Himmel im Nordosten allgemein auf und die Temperaturen sanken vielfach bis auf 2 Grad Celsius, während in der nordwestlichen Hälfte Deutschlands trübes, aber mildes Wetter fortwauerte. Das französische Tiefdruckgebiet dürfte unsere Witterung kaum wesentlich beeinflussen, dagegen wird sich voraussichtlich der hohe Luftdruck vom Atlantischen Ozean und Skandinavien her nach Mitteleuropa hin ausbreiten. Das Wetter dürfte daher am Sonnabend wie am Sonntag trocken und vielfach heiter, aber ziemlich kühl bleiben. In den Nächten ist stellenweise Frost zu erwarten.

nalen Stadtverordneten sich gelegentlich gegen dieses Treiben wendet. Im Endergebnis dürften immer die politischen Desperados, die Scherl-Presse und die übrige Boulevardpresse liefert die Begleitmusik. Es ist bedauerlich, daß der Berliner Magistrat sich gegen die verlogene Propaganda nicht anders zur Wehr setzt.

In anderen Fraktionen waren es am Donnerstag die Gewerbetreibenden, die Freunde des Herrn Müller-Frankens, die alles rebellisch zu machen versuchten. Wenn Herr Müller-Franken seine Truden losläßt, wird allgemein gelacht. Aber der kurzfristige und kleinliche Interessententpunkt der kleinen Krümer setzt sich in den bürgerlichen Parteien immer wieder durch. Ihre Buzprediger lieben zwar sehr Ermahnungen an die Arbeiterklasse, sie schimpfen mit Vorliebe über den Achtstundentag, über angeblich zu hohe Löhne usw. Wenn sie aber selber auch nur das geringste Opfer bringen sollen, dann erklären sie pathetisch, daß ihrewegen die ganze Stadt zugrunde gehen kann. Die Folge dieser Latit wird ja nur sein, daß dieselben Steuervorlagen in verstärkter Form wiederkehren und dann doch irgendwie von den Herrschaften geschluckt werden müssen.

Es gehört zur Charakteristik dieser bürgerlichen „Politik“, daß man auch die Straßenbahnvorlage nicht einmal verhandeln lassen wollte. Welch wunderbar schöne Reden über Volksfreundlichkeit werden wir nicht in späteren Wahlkämpfen von den Herrschaften zu hören bekommen! Wir wissen, was wir von dieser Volksfreundlichkeit zu halten haben. Hinter ihr versteckt sich der nackte Gruppenegoismus, der kaum verborgene Kampf für rein privatkapitalistische Interessen. Bedauerlich bleibt nur, daß dieser „Erfolg“ der Reaktionen zu einem Teil der mangelnden Anwesenheit der Stadtverordneten der Linken zuzuschreiben ist. Die gestrigen Erörterungen werden hoffentlich Veranlassung geben, daß mit der Schwänzerel in den Plenarifikationen Schluss gemacht wird.

Aus den Tagen des Kapp-Putschs.

Bürgermeister Dr. Heinn-Oranienburg.

Beim Landgericht Berlin III als Prüfungsinstanz sollte gestern eine von der Staatsanwaltschaft erhobene Beleidigungsklage gegen acht Einwohner Oranienburgs verhandelt werden, gegen die Genossen Ferka, Ludwig Carliss, Karl Schröder, Glaser, Westfal, School die der Oranienburger Gemeindevorwaltung als Magistratsmitglieder bzw. Stadtverordnete angehören und Führer der SPD, und der früheren USPD, sowie der Gewerkschaften sind. Beleidigt fühlte sich der Bürgermeister Dr. Heinn-Oranienburg, der inzwischen zur Befriedigung von Stadtverordneten sozialistischer und auch bürgerlicher Richtung sein Bürgermeisteramt gegen eine Abfindungssumme aufgegeben hat und jetzt Banderredner bei den „Deutschnationalen“ ist. Wohin der Zug seines Herzens ihn drängte, zeigte er schon bald nach der Revolution und nachher beim Kapp-Putsch, und bis auf jene Zeit führt auch der Anlaß des Beleidigungsprozesses zurück.

Nachdem ein Versuch, gegen Bürgermeister Dr. Heinn im Verwaltungswege vorzugehen, mißlungen war, richteten die obgenannten Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in der Oranienburger „Arbeiterzeitung“ an den Regierungspräsidenten zu Potsdam die Aufforderung, gegen das Dr. Heinn freisprechende Urteil des Bezirksausschusses Potsdam Berufung einzulegen. Dieser „offene Brief“ enthielt eine Reihe Vorwürfe gegen Dr. Heinn, er aber stellte nur Strafandrohung wegen der Bemerkungen, daß er „ber unwürdigste Beamte sei, den je ein Stadt des Preussens Niederbarnim an ihrer Spitze hat dulden müssen“, und daß in Oranienburg über einen Bürger schon gesagt werde, er „lüge wie pp. Heinn“. Die Unterzeichner wurden wegen Beleidigung zu je 500 M. Geldstrafe verurteilt, legten aber Berufung ein.

Zur Berufsungsverhandlung bot der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Weinberg den Wahrheitsbeweis an, doch die beantragte Ladung von Zeugen unterblieb, weil bei der aus § 185 erhobenen Klage ein Wahrheitsbeweis nicht in Frage komme. Diesen Standpunkt bekämpfte Dr. Weinberg mit dem Hinweis darauf, daß selbst bei erneuter Verurteilung es mindestens für das Strafmaß erheblich sein müßte, ob die behaupteten Tatsachen bewiesen werden oder nicht. Bekunden könne Gymnasialdirektor Paarmann, daß Dr. Heinn während des Kapp-Putschs ihn aufgefordert habe, er als Leiter der Einwohnerwehr solle School verhaften lassen, denn ein blutiges Gebäude hervorrufen und in diesem School erschließen lassen. Andere Zeugen, darunter Landrat Schlemminger, währten sich über Dr. Heinns Glaubwürdigkeit und über seine Amtsführung äußern.

Dem Antrag auf Zeugenladung schloß sich der Anklagevertreter

27) Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

„Die sind nicht hier,“ antwortete Tom, „die sind längst abgereist;kehr um, Mann, die holst du niemals ein.“ „Wann sind sie gereist?“ fragte Sachawachial.

„Ich sagie, längst, du kannst sie nicht mehr einholen, der schwarze Joe ist ungefähr unten in Point Hope jetzt, gib es auf, du erreichst sie niemals.“ Sie sahen ihn an und begriffen Does Angst. Sein Auge funkelte böse und entschlossen. „Ach was,“ meinte Sachawachial, „lange kann es nicht her sein, daß sie gereist sind, ich weiß so ungefähr Bescheid. Länger als drei Tage ist es nicht, und hätten die Weißen ihnen nicht geholfen, wären sie längst gestorben. Sag mir lieber Bescheid, ich höre nicht mit der Verfolgung auf, selbst wenn es eine Woche her ist, seit sie wegfuhren; ich lasse nicht nach, bis ich sie finde, sie sollen mich nicht wieder anführen!“

Er wollte an den Weißen vorbeigehen, aber sie versperrten ihm den Weg. „Du kommst nicht in den Wohnplatz. Wir wollen dir nichts tun, das hier ist Does Sache, aber helfen wollen wir dir auch nicht, von uns erfährst du nichts. Willst du aber gehen, schön, dann gehe, aber zu deinem eigenen Besten raten wir dir, umzukehren, zurück nach Kumiuk, dann sollst du Hunde und Schlitten bekommen und so viel Essen, wie du haben willst, aber nicht, wenn du nach Süden reist.“ Sachawachial wußte, daß die Weißen Wort hielten, wenn sie drohten, das hatte er längst gelernt, er setzte sich auf ein Stück Eis und dachte nach. Sollte er auf sie schießen, auf die verdammten Weißen? Sollte er versuchen, sich den Durchgang zu erzwingen, aber sollte er abbiegen?

Sein Verstand sagte ihm: „Bieg ab, du kannst einen Weißen erschließen, vielleicht sogar zwei, aber in dem Augenblick, wo du die Büchse hebst, werden die Weißen dich erschließen, und dann entgeht Joe seiner Strafe. Nein, es gilt Joe, nicht diese hier; sie können nichts dafür, daß Joe hierhergekommen ist, auch nicht, daß er Igluruk genommen hat!“

Die Weißen ließen ihm Zeit zu überlegen. Es ist solch eine eigene Sache, einen Mann zu töten, selbst wenn es nur ein Eskimo ist. Sie waren hier auf viele, viele Meilen im Umkreis allein, und selbst, wenn sie jetzt die Stärkeren und die Eingeborenen hänge vor Sachawachial waren, so kam doch vielleicht der Tag, wo sie sich auf einer Schlittenfahrt

und allein mit den Eingeborenen befanden. Und dann konnte der Gedanke an Sachawachial wach werden; die Eskimos sind unberechenbar, die Furcht vor ihm konnte sich vielleicht in Sympathie verwandeln, wenn sie ihn niederschlugen. Nein, es würde am besten sein, ihn ruhig seines Weges gehen zu lassen, darüber waren sie sich längst einig geworden.

„Na, Sachawachial,“ sagte Tom endlich, „lehrtst du also um?“

Noch sah er stille, schüttelte nur den Kopf. „Ich bin hungrig, gebt mir zu essen, dann gehe ich sofort wieder.“ Aber das wollten sie nicht, und schließlich erhob er sich: „Ja, nun gut, wie ihr wollt, aber meine Zeit kommt noch, wenn Joe tot ist, dann komme ich wieder. Zeht seid ihr die Stärkeren, ich will Does Verfolgung nicht aufgeben, aber dann —!“

„Was dann?“ riefte Fips, „dann willst du vielleicht auch uns totschlagen? Dann wollen wir ihn doch lieber auf der Stelle erschließen,“ und er fing an, an seiner Büchse herumzufingern. Aber Sachawachial war bereit, er richtete sich auf, mit der Büchse in der rechten Hand, und Fips wurde wieder ruhig, man konnte ja nicht von vornherein wissen, wessen Schuß zuerst fallen würde.

Und ohne ein Wort zu den Dreien zu sagen, ging Sachawachial weiter, er wandte sich nicht um und verschwand zwischen den Eisblöcken gen Süden; aber in derselben Nacht, als der ganze Wohnplatz schlief, kam er zurück. Mit dem Messer in der Hand, kroch er in eine Hütte und weckte die Bewohner: „Gebt mir Essen, gebt mir Hunde, oder ich steche euch nieder!“

Das war eine Sprache, die die Eingeborenen verstanden, und in seinen Augen konnten sie lesen, daß es keine leere Drohung war; er erhielt also Essen, Hunde und Schlitten, und dann fing die Verfolgung des schwarzen Joe wieder an, er peitschte auf die Hunde los und trieb sie vorwärts, fort von Ice Cape, die Küste entlang, seinem Feinde nach.

Er fuhr einige Tage, und alles ging gut, wenn auch nicht so schnell, wie er gehofft hatte; aber dann kam der Sturm, heulend und frachend legte er nach Süden her über das Land hin, daß alles Lebendige Schutz suchen mußte. Längst schon hatte sich der Fruch in seine Höhle vertriehen, und der Bär lag still im Schutze eines Eisblocks, wo er sich einschneien ließ, aber Sachawachial fuhr weiter, er trockte dem Winde und trieb seine Hunde gegen das schmerzhaft Schneegebirge an. Ihre Augen waren vom Schnee geblendet, große Fladen von Eis und Schnee bedeckten ihre Köpfe, aber beständig trieb er vorwärts, er feuerte die Tiere durch Zu-

rufe an und gebrauchte die Peitsche. Vorwärts wollte er, Joe nach, die Tiere mußten die Sünden des Weißen entgelten.

Ihm selbst ging es auch schlimm; aber er achtete nicht auf seine schneegefüllten Augen, noch auf seine erfrorenen Glieder; er stemmte sich gegen den Sturm, zog den Kopf tief ein und fuhr, fuhr, bis die Hunde sich hinwarfen und nicht mehr wollten.

Da vergrub er sich im Schnee, um auf besseres Wetter zu warten. Feuer hatte er nicht, um sein Fleisch zu kochen, also aß er es roh. Und dann schlief er, schlief ruhig und tief, aber doch wie die Tiere des Feldes, mit wachem Bewußtsein, bereit aufzuspringen und wieder anzufangen, sobald der Wind abblaute.

Sein Aufenthalt dauerte lange, aber endlich konnte er wieder Schlittensfahren, und abgleich der Sturm pfiß und der Schnee hochgefegt wurde, hatte sich das Wetter doch soweit aufgeklärt, daß die Hunde gegen den wirbelnden Schnee angetrieben werden konnten, und vordrüberbeugt ging er, gegen den Wind kämpfend, an der Seite des Schlittens, bald mußte er das flüchtige Paar einholen.

Das Wetter besserte sich, und Tag für Tag fuhr er nach Süden, die Küste entlang, die so öde und verlassen war, daß ihre Unfruchtbarkeit und Unheimlichkeit sogar auf ihn niederschlagend wirkte. Aber er war den Flüchtlingen auf der Spur und passierte Ort um Ort, wo Igluruk und der schwarze Joe ihr Zelt aufgeschlagen oder gerastet hatten. Er holte sie ein, sogar rasch, die Spuren wurden frischer, er peitschte auf die Hunde ein und fuhr zu, das Gewehr neben sich auf dem Schlitten liegend, bereit es zu ergreifen und beim ersten Anblick loszuziehen.

Das Land wurde gebirgiger. Steile Felsen erhoben sich fast senkrecht aus der Eisfläche, finstere waren sie, schwarz und drohend, so steil, daß selbst der Schnee keinen Halt auf den lotrechten Flächen finden konnte. Der Wind kam in gewaltigen Stößen über die Felsen gebraust, aber Sachawachial ließ sich nicht länger aufhalten und achtete nicht auf die Stürmböen. Er peitschte auf seine Hunde los und lenkte sie dicht unter die Felsen, auf das blanke Eis an ihrem Fuße. Seine Augen wichen nicht von dem Eise vor ihm, jeden Augenblick erwartete er, dort einen Schlitten zu sehen, denn jetzt wußte er, daß die Flüchtlinge innerhalb seiner Reichweite waren. Den letzten von Does Bagerplätzen hatte er aber passiert, sie mußten ihn erst kürzlich verlassen haben, die Blut im Holzstoß war noch warm.

(Fortsetzung folgt.)

